

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 11. Februar 1928

Nummer 12

Die notwendige Lohnerhöhung

Als im Herbst 1927 durch den Notzettel der Kollegen aus allen Teilen des Reiches der Verbandsvorstand sich veranlaßt sah, eine zwischentarifliche Lösung des Lohnarfs zu fordern, konnten die Unternehmer noch seelenruhig ablehnen, da nach geltendem Tarifrecht die Arbeiter bis zum Ablauf des Tarifs gebunden waren und die Kampfkraft der Organisation nicht in die Wagschale geworfen werden konnte. Die Kollegen haben sich mit bewundernswürdiger Disziplin ins Unabänderliche geschickt. Wenn jetzt die Organisationsleitung das ihren Mitgliedern gebundene Versprechen einlöst und den Lohnarif gekündigt hat, so ist das nach dem Vorpiel im Herbst für jeden vernünftigen Menschen nur etwas Selbstverständliches. Aber nicht für die „Zeitschrift“. Als das Prinzipalsorgan vor kurzem durch den „Vorwärts“ und den „Korr.“ von der beabsichtigten Kündigung gehört hatte, tat sie sehr erstaunt, und war verwundert darüber, daß „s o n“ zwei Monate vor Ablauf des Tarifs Einleitungsgehefte zum Lohnkampf in der Gehirnschneise beginnen.

Die Dinge liegen doch wesentlich anders. Schon seit dem Spätsommer geben sich die Funktionäre unseres Verbandes in allen Gauen die redlichste Mühe, die Erregung in der Kollegenschaft mit dem Hinweis auf den verbindlichen Tarifvertrag niederzuhalten, und es ist inzwischen höchste Zeit geworden, daß ihr ein Ventil geöffnet und der Kollegenchaft der diesbezügliche Beschluß des Verbandsvorstandes zur Kenntnis gebracht werde.

Daß die „Zeitschrift“ auch mit meinem Aufsatz in Nr. 7 des „Korr.“ nicht einverstanden ist, nimmt nach dieser Leistung nicht wunder. Sie greift sich einige Sätze aus dem Ganzen heraus und sucht mit allerhand Krampf daran herumzumäkeln. Sie behauptet wieder einmal, die Wirtschaftslage im Buchdruckgewerbe sei mit der in andern Industriezweigen nicht vergleichbar. Trotzdem schreibt sie: „Die Zeitepoche der Mechanisierung erforderte einfach von den Betrieben, daß neue und moderne Maschinen neu aufgestellt wurden. Die Betriebe waren einfach gezwungen, wenn sie in ihrer technischen Leistung auf der Höhe bleiben wollten, ohne Rücksicht auf Gewinne, den Maschinenpark zu erweitern oder zu modernisieren. Mit übergroßen Gewinnen hat dies nichts zu tun. Also nicht übergroße, sondern nur große Gewinne geben die Unternehmer zu. Man hat die Produktionsstätten modernisiert und erweitert, die Produktion vergrößert, den Druckpreistarif auf über 200 gegen 100 der Vorkriegszeit erhöht und nach eigenem Geständnis große Gewinne gemacht; aber mit andern Industrien ist das Buchdruckgewerbe nicht zu vergleichen, sagt trotzdem die „Zeitschrift“.

Auch meine Angaben über die Buchdruckerlöhne sind nach Auffassung der „Zeitschrift“ unrichtig. Sie meint, daß die von mir angegebenen 11 g e l e r n t e Berufe zum großen Teil dem Baugewerbe angehören und behauptet, nicht 11, sondern 42 Berufe seien in der Zeittariffaktistik des DGB. aufgeführt und ich hätte nur die für mich günstigsten ausgewählt. Das stimmt nicht. In der mir bekannten Statistik des DGB. sind 24 Berufe mit Zeittarif aufgeführt, von diesen sind nur 11 g e l e r n t e Berufe, und nur diese können wir in Parallele stellen. Es muß also schon dabei bleiben, daß wir in den großen Druckstädten mehr und mehr ins Hintertreffen geraten sind.

Aber es herrscht auch Freude über meinen Aufsatz in der „Zeitschrift“. Sie schreibt, daß ich als erster Gewerkschafter anerkannt habe, daß der Bruttolohn des Buchdruckers mit der Steigerung des Index gleichen Schritt gehalten habe. Diese Freude ist reichlich naiv. Die heute habe ich keinen Gewerkschafter kennen gelernt, der Tatsachen abzustreiten verführt. In „Korr.“ habe ich diese Feststellung bezüglich Buchdruckerlohn und Indexziffer übrigens selbst schon mehrfach auch in Redaktionsartikeln gelesen. Meine Einschränkung, daß bei dieser Gegenüberstellung der Bruttolohn nicht in Rechnung gestellt werden kann, sondern nur der Lohn, den der Buchdrucker nach Abzug der Steuern und aller sozialen Lasten, die im Index nicht enthalten sind, am Wochenlohn erhält, läßt die „Zeitschrift“ bedingt gelten. Es bleibt also auch hier dabei: wir haben den Freiheitsreallohn, so wie wir ihn aufpassen, noch längst nicht erreicht.

Meines Erachtens wäre es höchste Zeit, daß man sich auf Prinzipalsseite im Buchdruckgewerbe endlich auch von der Einbildung frei macht, man hätte das persönliche Recht, sich in alle einzelnen Hauskaffragen der Arbeiterschaft ein-

zumischen. Das könnte doch erst dann einen Schein von Vernunft und Gerechtigkeit haben, wenn man auf Prinzipalsseite das gleiche Recht auch der Arbeiterschaft bezügl. sich des persönlichen Unternehmerrahmens einräumen würde. Wir erwarten daher von unsern Vertretern bei den nächsten Lohnverhandlungen, daß sie derartige Annahmungen von Prinzipalsvertretern, die das Zehn- und noch mehrfache an Einkommen für ihren Haushalt als selbstverständlich und unentbehrlich halten, gebührend zurückweisen. Wir wurde schon berichtet, daß derartige Zurückweisungen durch unsere Vertreter bei vergangenen Lohnverhandlungen als Verletzungen des persönlichen Ehrgefühls seitens einzelner Prinzipalsvertreter beurteilt worden seien. Es will mir aber nicht in den Kopf, wie das persönliche Ehrgefühl eines Unternehmers mantastbarer sein soll als das Ehrgefühl eines Arbeiters. Paßt es den Herren nicht, wenn man sich in ihre persönlichen Bedürfnisse einmischt, dann mögen sie sich zuerst von einer Einmischung in die viel beschwerlicheren Bedürfnisse im Arbeiterhaushalt fernhalten. Solange sie dies aber nicht tun, im Gegenteil jedem Arbeiter nebst seinen Familienangehörigen vorschreiben möchten, nicht nur wie und wie lange er zu arbeiten hat, sondern auch wie sie zu leben, zu essen, zu wohnen und sich zu kleiden haben, müssen es sich die Unternehmer auch gefallen lassen, daß man ihnen gegenüber die gleiche Sonde anlegt. Denn auch ihr Einkommen und ihre Lebenshaltung kann sich nur auf die Erträgnisse aus dem G e w e r b e, d. h. nicht nur auf ihre eigenen persönlichen Verdienste, sondern auch auf die Erträgnisse aus den Leistungen der Arbeiterschaft stützen. Das sind Gedanken und Schlussfolgerungen, die in den Kreisen der Kollegenschaft als Folge des Verhaltens der Unternehmer bei den Lohnverhandlungen der letzten Jahre, insbesondere aber durch den Indexlamaut der „Zeitschrift“ immer stärker in Erscheinung getreten sind und in der Regel dahin verlaufen, daß endlich Schluß mit der Tendenz gemacht werden muß, wonach Tariflohn und ein unzulängliches Existenzminimum wie stamessische Zwillinge untrennbar verbunden sein sollen. Gegenüber der teils offiziellen und geheimen ständigen Front machgebender Personen im Deutschen Buchdrucker-Verein gegen die Gewährung über-tariflicher Zulagen, die auch zur Folge gehabt hat, daß nach dieser Richtung eine organisierte passive Resistenz auf Prinzipalsseite beinahe „gewerbetüchtig“ geworden ist, ist die Forderung eines höheren kulturellen Tariflohns statt eines unzulänglichen verkappten Indexlohnes für uns als Buchdrucker das Gebot der Stunde geworden.

In ihrem Schlußsatz unterläßt der „Zeitschrift“ noch ein unfreiwilliges Eingeständnis des unzureichenden Buchdruckerlohnes und damit eine Bestätigung meiner Ausführungen. Nachdem sie mitgeteilt, daß nach den letzten Veröffentlichungen des Reichsindex mit einem Steigen des Reallohnes zu rechnen sei, beruft sie sich auf Calwer, „der bisher noch nicht so angezweifelt ist“, und berichtet: „Calwer berechnet nämlich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie in Groß-Berlin für den 14. Januar 1928 auf 36,00 M., während die Kosten am 31. Dezember 1927 38,52 M. betragen.“

Uns ist also Heil widerfahren! Volle 36,00 M. hat nach dem seligen Calwer ein Geseklein in der Woche für Nahrung bereitzustellen, dazu doch wohl noch 10 bis 12 M. für Miete und außerdem die Ausgaben für Kleidung, Wäsche, Heizung, Beleuchtung, Fahrgehd usw. ufw. Möchte die „Zeitschrift“ mir nicht verraten, welche Endsumme da zusammenkommt und wie der Buchdrucker mit seinen 45 M. in der Lohnliste diese errechnete Summe bestreiten soll? Hier ist der wunde Punkt, und der Lohnkampf wird darum geführt werden müssen, die große Differenz zwischen Soll und Haben im Buchdruckerhaushalt zu beseitigen. Die „Zeitschrift“ verlangte übrigens in ihrer Nr. 88 von 1927 noch ein weiteres. Wir sollen nämlich mit unserm Lohn nicht nur auskommen, sondern unsere Pflicht sei es auch, zu sparen. Sie schrieb: „Nur dann können wir wieder zu einer normalen Wirtschaft, die zu erstreben aller in Wirtschaftslagen Stehenden heiligste Bemühen ist, gelangen, wenn der Wirtschaft das selbe möglich ist, was der Staat heute wieder einbringlich ist — und mit Recht — von jedem Staatsbürger fordert, für Zeiten der Not zu sparen und einen Notpfennig zurückzuliegen.“ Also wohlverstanden, mein lieber Schwarzlinker, auch zu sparen ist deine Pflicht.

Sich will den Faden nicht ausspannen, wie das der Buchdrucker mit seinem Lohn machen soll, alle aufgesetzten Verpflichtungen als Familienvater bestreiten und noch

einen Notpfennig zurücklegen. Ich habe hin und her ge-grübelt, es bleibt immer ein gewaltiges Loch. Vielleicht ist die „Zeitschrift“ so lebenswürdig und gibt uns den richtigen Tip, wie das Loch zuguttopfen ist. Hoffentlich erinnert sie sich dabei an jene Antwort, die sie schon in ihrer Nr. 96 von 1927 ihren „berühmten“ gewordenen „Catilina“ mit folgenden Worten schreiben ließ: „Wir erkennen an, daß der qualifizierte Arbeiter im Buchdruckgewerbe dank seiner Intelligenz und Verantwortung besser gestellt sein muß als die mit weniger Verantwortung und weniger Selbstständigkeit in der Arbeit betrauten Arbeiter anderer Berufs-zweige.“ Berlin. P-r.

Von den Schriftschneidern

Die Lage im Schriftgießergewerbe, die besonders im letzten Jahre einen starken Rückgang zu verzeichnen hatte, sowie die veränderten akkordtariflichen Verhältnisse innerhalb unsrer Berufsgruppe brachten es mit sich, daß schon im Frühjahr 1927 unter den Mitgliedschaften der Wunsch einer Schriftschneiderkonferenz erörtert wurde. Insbesondere wurde dieses Verlangen gestützt durch das Scheitern unsres langjährigen Vorsitzenden, Kollegen Bruno Heise. Jedoch infolge besonderer tariflicher Verhältnisse wurde aus tatsächlichen Erwägungen eine Konferenz erst für den Herbst vorbereitet. Mit Unterstützung des Verbandsvorstandes und der Zentralkommission der Schriftgießer, hauptsächlich in finanzieller Hinsicht, fand am 19. und 20. November 1927 in Berlin eine Schriftschneider-Vorläuferkonferenz statt, an der Vertreter aus den Großstädten Berlin, Frankfurt, Leipzig, Dresden und Hamburg teilnahmen und an der, besonders aus informatorischen Gründen, der Vorsitzende der Zentralkommission der Schriftgießer mit beteiligt war. Trotz der stets guten Verbindung der Kollegenschaft untereinander, zeigten die Beratungen nur zu deutlich, wie notwendig es ist, daß alle beruflichen und tariflichen Vorgänge in solch zentralen Zusammenkünften besprochen werden, um sich den veränderten gewerkschaftlichen Verhältnissen anzupassen und damit die Bewegung in freiem Fluß zu halten. In durchaus sachlicher Weise erzielte die Konferenz eine Reihe von Anträgen auf rein organisatorischer Grundlage und schaffte damit die notwendige einheitliche Verbindung unter der Reichs-kollegenchaft. Erwähnt sei hier die Beibehaltung unsrer innerorganisatorischen Zentrale, mit deren Geschäftsführung wiederum der Vorstand der Leipziger Schriftschneidervereinigung betraut wurde. Im wesentlichen aber beschäftigte sich die Konferenz mit den beruflichen und tariflichen Aufgaben unsrer Spezialgruppe. Während in früheren Jahren die Bohrmaschine nur vereinzelt und mehr als Hilfsmittel verwendet wurde, konnte die Konferenz feststellen, daß heute in den Schriftgießereien die Bohrmaschine fast rieflos und in den Kleinbetrieben zum Teil Eingang gefunden hat. Daraus ergibt sich eine vollständige Verschiebung in beruflicher Hinsicht innerhalb unsres Gewerbes. Was es auch bisher der modernen Technik nicht noch nicht gelungen sein, den Handschnitt zu verdrängen, so zeigen doch gerade die Berichte aus den Städten, wie wichtig es ist, daß sich unsre Handschneiderkollegen diesen veränderten Verhältnissen anpassen müssen. Doch nicht nur die Bohrmaschine gab Veranlassung zu reichlicher Aussprache, auch mit der durch die Konzernierung im Schriftgießergewerbe geschaffenen veränderten Berufs-lage mußte sich die Konferenz beschäftigen. Auf tariflichem Gebiete wurden entsprechend notwendige Anträge für die kommenden Reichstarifverhandlungen beschlossen. Leider war es nicht möglich, dem Antrag auf einen Reichstiftlohn-tarif für Handschneider festzulegen, da die Arbeitsmethoden in den einzelnen Städten zu unterschiedlich sind, so daß Aussicht auf Verwirklichung zurzeit nicht besteht. Zu all den wichtigsten Punkten wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt, zu denen die Reichs-kollegenchaft nunmehr Stellung genommen hat. Erfreulicherweise haben die wichtigsten Beschlüsse, die die Capeiter-unsrer Bewegung bedeuten, einstimmige Annahme gefunden. Nur in einigen Fragen fand die Reichs-kollegenchaft nicht die restlose Zustimmung für die geleistete Konferenzarbeit. Hervorgehoben sei hier der Vorschlag zur Schaffung einer Lehrkassen-lage, von einem großen Teil der Kollegenschaft, als viel zu weitgehend bezeichnet, abgelehnt wurde. Viele Aufgaben stehen unsrer Gruppe bevor. Sie sind die unbedingte Notwendigkeit auf organisatorischem und beruflichem Gebiete, sie zwingen uns zu besonders intensiver Arbeit auf der Grundlage der gefaßten Beschlüsse. In enger Verbindung

mit den Gauvorständen und den Schriftgießervereinen werden die Schriftschneider ihre Interessen vertreten müssen. Unbeschadet aller Maßnahmen der Unternehmer, in steter Erkenntnis der organisatorischen Stärke gilt es bei allen betrieblichen Vorkommnissen, insbesondere aber bei allen Tarifverhandlungen, alles das anzustreben, was wir als Gesamtheit und als einzelner für unsere Fachgruppe als notwendig erkannt haben. Nur damit wird es möglich sein, unsere Bewegung vorwärts zu treiben. L o c.

Vom graphischen Normenausschuß

1. Normung der Setzregale und Schriftkästen*

Wenn auch die Schriftkästen im allgemeinen in einem bestimmten Regalfach untergebracht werden, so müssen sie doch untereinander austauschbar sein, und neue Kästen müssen in die vorhandenen Regale passen. Der Grundgedanke bei der Festlegung von Normen für die äußeren Abmessungen der Schriftkästen und Setzregale muß also stets der sein, daß die genormten Kästen in die vorhandenen Regale passen, daß aber auch die vorhandenen Kästen in die zu schaffenden Einheitsregale passen.

Der Normalblatentwurf D M N A G R A 1 stellt das Ergebnis von Verhandlungen dar, die der Normenausschuß für das Graphische Gewerbe in Gemeinschaft mit dem Arbeitsausschuß der Typographischen Gesellschaft zu Leipzig mit Verarbeitern und Herstellern geführt hat. Beide sind gleich stark an einer praktischen Lösung der Frage interessiert. Mühsicht wurde vor allem darauf genommen, daß die genormten Kästen und Regale nicht nur bei Neueinrichtungen von Druckereien gekauft, sondern daß sie möglichst in jeder Setzerei verwendet werden können.

So war z. B. die Breite der Titelschriftkästen bis jetzt sehr verschieden. Bei Festlegung der Breite von 27 Zentimeter ist man davon ausgegangen, daß die Regalfachöffnung für einen großen Kasten (87 Zentimeter, nämlich 96 Zentimeter + 1 Zentimeter Luft) die gleiche sein soll wie zusammen für einen kleinen Schriftkasten (66 Zentimeter) und einen Titelschriftkasten (27 Zentimeter) zugleich der zwischen beiden liegenden Führungsleiste, sogenannter Einleitkante (2 Zentimeter mit dem Spielraum von 2 x 1 Zentimeter Luft, gleichfalls also 87 Zentimeter. Das ist aus dem Grund wichtig, daß die Titelschriftkästen sowohl in Regalen untergebracht werden können, die neben einer Reihe kleinerer eine Reihe von Titelschriftkästen, wie auch in kombinierten Regalen, die in den oberen Fächern große, in den unteren kleine neben Titelschriftkästen enthalten. Wichtig ist ferner, daß diese beiden Regaltypen, die in der Praxis am meisten vorkommen, gleiche Breite haben (105 Zentimeter) und dadurch Rücken an Rücken stehen können, ohne Schmutzwinkel zu bilden.

Noch günstiger in bezug auf Herstellung und Raumnutzung wäre eine Lösung, die aus Kreisen süddeutscher Herstellerfirmen empfohlen wird, und die darauf abzielt, sowohl große wie kleine und Steckschriftkästen einheitlich 61 Zentimeter tief zu bauen, und alle Regale 65 Zentimeter tief. Auch diesen Vorschlag unterbreiten wir den Buchdruckereien zur Begutachtung, da er den Vorteil einheitlicher äußerer Regalabmessungen und völliger Tiefenausnutzung aller Regale hat. Zu beachten ist dabei allerdings, daß die kleinen und Steckschriftkästen bei einer Tiefe von 61 Zentimeter nicht in die heute allgemein üblichen kleinen bzw. Steckschriftregale passen, und daß vor allem 61 Zentimeter tiefe kleine und Steckschriftkästen unhandlicher werden, häufig vielleicht sogar eine Verbreiterung der Gassen bedingen. Aus diesem Grunde hat sich der Normenausschuß für das Graphische Gewerbe in seinem oben ausführlich erläuterten Vorschlag an das praktisch bereits Erprobte gehalten, das außerdem Materialersparnis bedeutet.

Ein Kompromiß zwischen beiden Anregungen könnte allerdings noch darin bestehen, daß alle Regale einheitlich 65 Zentimeter tief gebaut werden, daß aber die von jeder bestimmten unterschiedlichen Kastenreihen beibehalten werden, also große Kästen 61 Zentimeter, kleine und Steckschriftkästen 61 Zentimeter tief. In diesem Falle bliebe in allen Regalfächern für kleine und Steckschriftkästen hinten noch ein Raum von 10 Zentimeter frei. Solche Regale, die den Gassen ein einheitliches Bild geben und Schmutzwinkel vermeiden, werden heute schon gebaut, bedingen allerdings eine wenn auch unerhebliche Preiserhöhung.

Wir stellen unsere Vorschläge zur Diskussion und bitten, Zuschriften bis zum 1. März 1928 zu richten an den Normenausschuß für das Graphische Gewerbe, Leipzig C 1, Ranfische Gasse 11.

2. Normung der Schriftkasteneinteilung**

Die Normung der Schriftkasteneinteilung, die schon im Jahre 1882 von der Typographischen Gesellschaft zu Leipzig in Angriff genommen wurde, verfolgt einen doppelten Zweck. Sie soll einmal das Verfügen der Kästen und unnötigen Suchen vermeiden, dadurch, daß der Setzer in allen Betrieben das gleiche Kastenschema vorfindet und sich daran gewöhnt, sie soll zum andern die Herstellung der Kästen vereinfachen.

Daß eine solche Normeneinteilung nicht schematisch überall und für alle Schriften eingehalten werden kann, liegt bei

Anwendung des noch nicht endgültigen Entwurfs auf eigene Gefahr

Setzregale und Schriftkästen

Druckereiwesen

DIN

ENTWURF 1

NAGRA 1

Einspruchsfrist 1. März 1928

Alle Zuschriften doppelt erlösen

Maße in cm

Das Bild ist nur für die äußeren Abmessungen maßgebend.

Bezeichnung eines großen Regales
Großes Regal NAGRA 1

Bezeichnung	Vertikale Höhe		Breite	Tiefe	Verwendbar für
	h	h ₁			
Großes Regal	100	180	105	65	10 große Schriftkasten oder 12 kleine Schriftkasten neben 12 Titelschriftkästen
Kleines Regal	100	124	75	53	12 kleine Schriftkasten
Titelschriftregal	100	124	36	53	12 Titelschriftkästen

Bezeichnung eines großen Schriftkastens:
Großes Schriftkasten NAGRA 1

Bezeichnung	Breite	Tiefe	Äußere Kastenhöhe	Innere Fachhöhe = Höhe der querlaufenden Unterscheidleisten
Großes Schriftkasten	96	61	5,2	4,5
Kleines Schriftkasten	66	61	4,8	3,7
Faches Schriftkasten	66	61	3,2	2,5
Titel-Schriftkasten	27	61	4,8	3,7
Faches Titel-Schriftkasten	27	61	3,2	2,5

Anordnung der Fächer des Kastens für Antiqua oder Fraktur nach Nagra 2 bei Bestellung anzugeben.

(Fortsetzung siehe rechte Spalte)

der großen Vielseitigkeit des Inhalts von Druckfahnen und den vielen kleinen Unterschieden bei der Lieferung von Schriften auf der Hand. Trotzdem wird die Normeneinteilung in der überwiegenden Mehrheit der Setzereien zur Einführung kommen können, und es liegen uns bereits eine Anzahl Erklärungen von Druckereien, auch großer Betriebe, vor, die das nachstehend abgebildete Einteilungsschema für den Fraktur- und Antiquakästen in ihrem gesamten Betrieb praktisch durchführen werden.

Für den praktischen Buchdrucker bedarf es nicht vieler weiterer Worte zur Erklärung. Zum Verständnis sei nur noch erwähnt, daß bei Aufstellung des Vorschlages vier Gesichtspunkte maßgebend waren:

1. Zuteilung ganzer, halber und viertel Fächer je nach der Häufigkeit des Vorkommens der einzelnen Zeichen im deutschen glatten Textsatz.
2. Systematische Anordnung auch der seltener vorkommenden Schriftzeichen.
3. Größtmögliche Übereinstimmung in der Einteilung und Beflegung der Fächer zwischen Antiqua- und Frakturkästen.
4. Geringstmögliche Änderungen gegenüber dem bisherigen Kästenschema.

Wir unterbreiten obige Vorschläge, die das Ergebnis unserer neueren, gemeinsam mit dem Arbeitsausschuß der Typographischen Gesellschaft in Leipzig geführten Verhandlungen darstellen, den Buchdruckereien und sonstigen Interessenten zur Begutachtung, und bitten, alle Zuschriften bis zum 15. März 1928 zu richten an den Normenausschuß für das Graphische Gewerbe, Leipzig C 1, Ranfische Gasse 11.

* Erläuterungen zu dem in der nächsten Spalte abgedruckten Normalblatentwurf D M N A G R A 1 „Setzregale und Schriftkästen“.

** Erläuterungen zu dem auf Seite 69 abgedruckten Normalblatentwurf D M N A G R A 2 „Schriftkästen, Anordnung und Belegung der Fächer“.

(Fortsetzung)

Ausrüstung

I. Setzregale

Giebelseiten: Die Giebelseiten sollen keine Vorsprünge haben und müssen so gebaut sein, daß die aneinandergestellten Regale lückenlos abschließen.

Die hintere, obere Leiste des Pulles (Regal-Hinterstück) ist im Neigungswinkel des Pulles (nicht senkrecht) anzubringen, damit hinter einem aufgestellten Kasten keine Lücke entsteht (Schmutz!) und der Raum hinter dem Kasten mitbenutzt werden kann.

Pultverlängerung: Eine Pultverlängerung ist an kleinen und Titelschriftregalen anzubringen, wenn diese in einer Gasse neben großen Regalen stehen. Es ist hierfür empfehlenswert, 63 cm tiefe Regale mit eisernen Trägern oder Holzknäcken zu versehen, durch die der offene Raum mit einem Brett verdeckt werden kann.

Laufleisten: Auf den Laufleisten sind Stoßwiderstände (z. B. aus Gummi oder Filz) anzubringen, an denen die hintere Kastenwand anschlägt, um eine Beschädigung der vorderen Anschlagleiste durch zu scharfes Linschieben des Kastens zu vermeiden.

II. Schriftkästen

Kastengriff: Der Kastengriff (Muschelgriff) ist so hoch anzubringen, daß der Kasten beim Aufstellen nicht vom Griff gestützt wird.

Fütterung: Wachstuchfütterung ist der Papierfütterung vorzuziehen, da sie für die Reinigung der Kästen am vorteilhaftesten ist.

Führungs- oder Laufleisten sind nicht anzubringen. Sie erleichtern zwar das Rutschen der Kästen im Regal, stören jedoch beim Übereinanderstellen mehrerer Kästen.

Fachwerk: Die Unterscheidleisten sind oben abgerundet. Die querlaufenden Unterscheidleisten sind etwa 2 mm niedriger als der Kastenrand und die starken Mittelstücke, an denen der Boden befestigt ist. Sie sind etwas stärker und höher als die nach der Tiefe des Kastens laufenden Unterscheidleisten.

Kastenrand: Der Kastenrand (Anschlagleiste) ist etwa 1/4 cm hoch zu halten, damit beim Aufeinanderstellen mehrerer Kästen der obere Kasten Halt hat und beim Korrigieren Typen oder Zeilen sicher aufgestellt werden können.

Kastenschilder brauchen nicht angebracht zu werden, da die Kästen am zweckmäßigsten in der Druckerei mit Zetteln beklebt werden.

Normenausschuß für das Graphische Gewerbe
2. Februar 1928

3. Bestimmung der Deckfähigkeit von Druckfarben.

Während dem Drucker beim Kauf von Farben die Auswahl der Farbennuancen durch Musterkarten und Druckproben erleichtert wird, kann er die Eigenschaften der Farbe, die beim Bedrucken und der weiteren Behandlung der Druckfahnen wesentlich sind, im voraus nicht genau beurteilen. Von den Eigenschaften der Farbe haben für den Drucker praktische Bedeutung:

- Lichtechtheit, d. h. die Beständigkeit der Farbe gegen Ausbleichen,
- Wasserresistenz, d. h. die Widerstandsfähigkeit der Farbe oder des fertigen Druckes gegen Wasser (z. B. beim Steinbrud),
- Lackierresistenz, d. h. die Widerstandsfähigkeit der verdichteten und getrockneten Farbe gegen Alkoholf-, z. B. gegen Spirituslauge beim Lackieren von Druckfahnen oder Schildern,
- Alkaliempfindlichkeit, d. h. die Beständigkeit der Farbe gegen alkalische Einflüsse, z. B. bei Seifenpackungen oder bei Verwendung alkalischen Kleisters zum Kleben der Druckfahnen.

Auch bisher war die Farbenfabrik zwar schon in der Lage, dem Drucker auf Wunsch Angaben über die verschiedenen Eigenschaften der gelieferten Druckfarbe zu machen, besonders seitdem durch die Aufstellung einer Bestichtungsstelle durch den Normenausschuß für das Graphische Gewerbe („MAGRA“) ein einwandfreier Maßstab zur Bestimmung der Lichtechtheit geschaffen wurde, und der Drucker braucht lediglich bei seiner Farbenfabrik zu verlangen, daß die Farbblöcke mit dem vom MAGRA aufgestellten Farbenetikett geliefert werden, auf dem Angaben über alle wesentlichen Farbeigenschaften verzeichnet sind.

Eine Eigenschaft, und zwar eine der wichtigsten, ließ sich jedoch bisher nicht objektiv bestimmen, das ist die Deckfähigkeit von Druckfarben. Und doch ist es besonders für den Drei- und Vierfarbendruck unerlässlich, zu wissen, ob eine Farbe lasierend oder deckend ist, damit beim Übereinanderdruck der Farben die erforderlichen Mischungen erzielt werden. Wenn die Farbenfabrik bisher eine Farbe als lasierend oder als deckend bezeichnete, so beruhten diese Angaben nur auf Schätzungen, und die genaue Bestimmung von Zwischenstufen war kaum möglich. Der Normenausschuß für das Graphische Gewerbe stellte es sich deshalb zur Aufgabe, auch zur Bestimmung der Deckfähigkeit von Druckfarben eine einheitliche, praktisch brauchbare Untersuchungsmethode zu schaffen. Im Verlauf seiner Arbeiten wurde es klar, daß frühere Versuche zur Deckfähigkeitsprüfung, nämlich das Vergleichen der zu prüfenden Farben auf bedrucktem Papier, nicht weitergeführt werden konnten, da die Papierbeschaffenheit hinsichtlich Oberfläche und Leimung sowie die Trockenfähigkeit der Farbe im einzelnen Falle von weitgehendem Einfluß auf die Deckfähigkeit sind. In der Praxis prüften deshalb die Druckfarbenfabriken bisher die Deckfähigkeit der Farben durch Auftragen auf Glas und ermittelten an der Stärke des durch die gefärbten Platten

Anwendung des noch nicht endgültigen Entwurfs auf eigene Gefahr										DIN ENTWURF 1 NAGRA 2	
Schriftkasten										Druckerelwesen	
Anordnung und Belegung der Fächer											
Frakturkasten											
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
1	2	3	4	5	6	7	8	9	0	—	—
ä	å	ä	*	ß	ß	ſt	ä	ö	ü	„	'
†	§	¶	ſ					w	z	„	„
		fi	s					v	p		2- 4-
n		d	b					11/2- Punkt- Spat.	q		3- 3-
		ſh	l					f			1/1 Gevierte
e	ö		c	ll				ff	fi	fl	ft
			b					f			g
											Quadraten
Antiquakasten											
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
1	2	3	4	5	6	7	8	9	0	—	—
Ä	ä	å	ä	*	ß	†	§	ä	ä	ö	ö
								(fi)	(ff)	(ft)	(ä)
ë	é	ê	è	ck	ſ					w	x
										v	p
ï	í	î	ì	s						11/2- Punkt- Spat.	q
											3- 3-
ö	ó	ô	ò	h							1/1 Gevierte
ü	ú	û	ù	l							
Æ	É	Ê	È	c						ff	fi
æ										f	g
CE	C	ch	ch	b							Quadraten
æ	ç										

Werden in einer Antiquasschrift die Ligaturen fi, ſf, ft mittelgroß, so können die Fächer für ä, ö, ü so belegt werden, wie es im obenstehenden Schema des Antiquakastens in Klammern angedeutet ist.

2. Februar 1928 Normenausschuß für das Graphische Gewerbe

durchfallenden Lichtes schätzungsweise den Grad der Deckfähigkeit oder, genauer gesagt, der Lichtdurchlässigkeit von Druckfarben. Diese Methode erwies sich als praktisch brauchbar, nur mußten die gefühlsmäßigen Ergebnisse als nicht ausreichend betrachtet und deshalb eine systematische, von subjektiver Schätzung unabhängige Methode geschaffen werden, die objektive, zahlenmäßige Ergebnisse liefert.

Zu diesem Zwecke wurde von Dr. Gerstner ein Apparat konstruiert, bei dem die auf ihre Deckfähigkeit zu prüfenden Farben in flachen, keilförmigen Vertiefungen eingestrichen werden. Die Grundfläche aus Glas trägt unter dieser Farbschicht eine Skaleneinteilung und wird von unten beleuchtet, so daß das Licht durch die ungleichmäßig starke Farbschicht hindurchdringt. Die Stelle der Skala, die beim Durchblicken von oben nicht mehr sichtbar ist, bezeichnet zahlenmäßig den Grad der Latenz bzw. Deckfähigkeit der Farbe.

Nachdem nun dieser Apparat in einer Anzahl Laboratorien einer Prüfung unterzogen wurde, so im Staatlichen Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, bei der V. G. Farbenindustrie, der Kohlfarbenherzeugung, des Druckgewerbes und mehreren Laboratorien von Druckfarbenfabriken, beschloß sich mit den Ergebnissen der Versuche in einer zu diesem Zwecke einberufenen Sitzung am 24. Januar 1928 in Leipzig die Farbenkommission (Gruppe Deckfähigkeit) des Normenausschusses für das Graphische Gewerbe, die sich aus einer Anzahl hervorragender Vertreter der Druckfarbenindustrie, der Kohlfarbenherzeugung, des Druckgewerbes und der chemischen Wissenschaft zusammensetzt.

Alle teilnehmenden Vertreter waren sich einig, daß der Gerstner-Apparat die zurzeit beste Methode zur Prüfung der Deckfähigkeit von Druckfarben verkörpert, und es wurde einstimmig beschlossen, dieses Verfahren als Normprüfverfahren zu bestimmen und damit die Tätigkeit der Ar-

beitsgruppe „Deckfähigkeit“ abzuschließen. Der Drucker wird also in Zukunft die Möglichkeit haben, von seinem Farbenlieferanten genaue Angaben auch darüber zu erhalten, ob die bestellte Farbe bedeckend (d), halbedeckend (ld), lasierend (l) ist, und bei besonders stark bedeckend oder lasierendem Farben sind diese von der Fabrik als dd (= stark bedeckend) bzw. ll (= stark lasierend) zu bezeichnen. Es liegt im eignen Interesse der Buchdrucker, sich von ihren Farbenlieferanten Aufschluß über die Deckfähigkeit und die sonstigen Eigenschaften der Druckfarben geben zu lassen, was am einfachsten dadurch geschieht, daß der Drucker von der Farbenfabrik die Lieferung der Farben in Wässern mit dem ausgefüllten Normeffekt verlangt.

Agrarkrisis und Arbeitslosigkeit

Als sich im Jahre 1925 die freien Gewerkschaften mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Einführung von Schutzzöllen wandten, wurden sie von sämtlichen bürgerlichen Parteien heftig bescholten. Trotz der Schmähreden der Junkerpartei und ihr nahestehender Kreise „von der Verflümmelung nationalen Gutes“ usw. zeigten die wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeiterschaft die Gefahren auf, die eine derartige Hochschulzollpolitik in sich birgt. Es wurde darauf hingewiesen, daß der durch Zoll geschützten Landwirtschaft der Anreiz zur Rationalisierung fehlt, eine Ertragssteigerung in absehbarer Zeit darum nicht zu erwarten sei. Andererseits sei Deutschland als Industrieland auf die Ausfuhr von Maschinen nach Agrarländern angewiesen. Diese würden auf die deutschen Agrarproduktionszölle mit der Einführung von Industrieprodukten antworten und so der deutschen Wirtschaft nur Schwierigkeiten bereiten. Alle diese Vorstellungen blieben

vergeblich. Der Bloß von Junkertum und Schwerindustrie, der bekanntlich seit dem Jahre 1878 für alle Zollfragen entscheidend gewesen ist, war gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien davon überzeugt, daß nur mit Hilfe von Hochschulzöllen die deutsche Landwirtschaft „gerettet“ werden könnte.

Heute, nach 2 1/2 Jahren, zeigt sich, wie wichtig die Einwände der Gewerkschaften damals waren. Die Landwirtschaft, oder besser gesagt die Großagrarien, befinden sich in „Not“. Hochschulzölle und Riesenrenten haben nur die Fehlerquellen in der deutschen Landwirtschaft: mangelnde Rationalisierung und schlechte Betriebsführung, verschleiern können. Die Höhe des Ertrags der landwirtschaftlichen Produktion ist in Verbindung mit den deutschen Reparationsleistungen auch für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung. Jede Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung bringt eine Erleichterung der Kapitalbelastung mit sich. Das würde aber praktisch ein schnelleres Abtragen der Reparationsschulden und damit verbunden eine wesentliche Verminderung der Steuerlasten bedeuten. Weht oder übel ist nun das Reich gezwungen, der Landwirtschaft, wenn auch unter anderen Bedingungen als früher, Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Kapitalien müssen aber aus Steuererträgen gedeckt werden. Aus allen diesen Gründen scheint es nicht uninteressant, einen Blick auf die Wirtschaftslage und die damit verbundene Kreditpolitik der Landwirtschaft zu werfen.

Die Veränderung der deutschen Grenzen durch den Versailleser Vertrag hat auf den Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche kaum einen Einfluß gehabt. Für gewisse Agrarprodukte, z. B. Weizen, haben sich die Anbauflächen sogar vergrößert. Trotzdem waren die Hektarerträge der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege jedes Jahr bedeutend geringer als vor dem Kriege. Allerdings weist der Ernteertrag des Jahres 1927 schon wieder eine Steigerung von durchschnittlich 12 Proz. gegenüber dem von 1926 auf. Er reicht aber noch längst nicht an den Stand der landwirtschaftlichen Produktion von 1913 heran.

Das sind Tatsachen, die dem Laien besonders befremdend erscheinen müssen. Wird doch im allgemeinen immer angenommen, daß die landwirtschaftlichen Erträge durch Anwendung und Verbesserung der chemischen und technischen Mittel und nicht zuletzt durch die scheinbar rege Intensivierung der Bodenbebauung während des Krieges erheblich gesteigert wurden. Noch verwirrender wird das Bild, wenn wir erfahren, daß die Verwendung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und der Verbrauch von Kunstdünger verschiedener Art tatsächlich bedeutende Zunahme gegenüber der Vorkriegszeit erfahren hat. So wurde z. B. im Jahre 1926/27 mehr als zweimal soviel Stickstoff und beinahe um die Hälfte mehr Kalk verwendet als im Jahre 1913/14. Ebenfalls hat die Elektrifizierung der Landwirtschaft gegenüber 1913 wesentliche Fortschritte gemacht.

Man kann nicht gut den Rückgang der Produktivität, der ja im Verhältnis zum angewandten Kapital noch viel größer ist als die Differenz gegenüber dem Ertrag von 1913, durch schlechte Witterungsverhältnisse erklären. Auch der Hinweis landwirtschaftlicher Sachverständiger, daß die Phosphordüngung in den letzten Jahren zurückgegangen sei und darum eine Verschlechterung der Fruchtbarkeit des Bodens eintreten müsse, kann nur als Teilerklärung betrachtet werden. So stehen wir denn tatsächlich vor einem merkwürdigen Rätsel, das bis heute noch keiner der hervorragendsten Fachleute zu lösen vermochte. Aber wie es auch sei, der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität spiegelt sich in der Handels- und Zahlungsbilanz wider, denn ein großer Teil der Einfuhrüberschüsse läßt sich nur daraus erklären. Das ist ein wichtiges Problem für die deutsche Wirtschaft.

Ein ganz anderes Bild entwickelt sich, wenn wir einmal die Schuldentlast der deutschen Landwirtschaft vor und nach dem Kriege, insbesondere aber im Verhältnis zu ihren Leistungen, betrachten. Während der Inflation konnte die Landwirtschaft ihre gesamten Schulden in Höhe von rund 15 Milliarden abwägen. Durch das Aufwertungsgegesetz wurde sie mit einer neuen Schuld in Höhe von ungefähr 3 1/2 Milliarden Markt belastet. Seit dem Jahre 1924 bis zur Gegenwart, also innerhalb vier Jahren, wurden aber neue Kredite in Höhe von 7 Milliarden Markt aufgenommen, so daß die Gesamtverschuldung der deutschen Landwirtschaft einschließlich Aufwertungs-schulden gegenwärtig 10 1/2 Milliarden Markt ausmacht. Was das bedeutet, mögen folgende Gegenüberstellungen erweisen: Der Gesamtwert der deutschen Agrarproduktion beträgt schätzungsweise etwa 13 Milliarden Markt jährlich. Industrie und Handel belangen zusammen Kredite in Höhe von 18 bis 20 Milliarden Markt. Hingegen beträgt der Gesamtwert der deutschen Industrieprodukte jährlich mindestens 60 Milliarden Markt!

Eine derartige Verschuldung wäre wirtschaftlich nur dann zu verantworten gewesen, wenn die Mittel zur Rationalisierung der Betriebe und Intensivierung der Bauungsmethoden verwandt worden wären. Auch eine Erweiterung des Siedlungswesens zur Verbesserung der Landflucht und damit Hemmung des Zustromes billiger Arbeitskräfte nach den städtischen Arbeitsmärkten wäre der deutschen Wirtschaft von Nutzen gewesen. Aber von all dem ist bei der Verwendung der Kredite nicht viel zu erkennen. Nach sehr vorzüglichen, reichlich hohen Schätzungen wurde festgestellt, daß im günstigsten Falle 3 Milliarden von den 7 Milliarden zu produktiven Zwecken verwandt wurden. Die übrigen 4 Milliarden sind wirtschaftlich nutzlos verschwunden. Sie wurden hauptsächlich zum großen Teil für Luzuszwecke verausgabt. Andererseits mußten Bauarbeiten,

die während der Inflationszeit begonnen wurden und recht oft unproduktive Kapitalanlagen darstellen, fertig gemacht werden. Ein Beginnen, das nach der Stabilisierung ungeheure Mittel verschlingt.

Am ehesten wird der Verbleib der 4 Milliarden wohl dadurch erklärt, daß es den Zunkern nach den letzten Inflationsjahren schwer fiel, sich auf Lebensverhältnisse umzustellen, die ihren Geldbeutel in normalen Zeiten entsprachen. Die vom Reich gläubig gewährten Betriebskredite wurden einfach zur Weiterführung ihres herrlichen Lebens verwendet. Denn wie überall bei landwirtschaftlichen Aktionen — das betonen die Gewerkschaften schon 1925 in bezug auf die Zollpolitik — bekamen die Bauernbesitzer von den Krediten sehr wenig ab. Im Verhältnis zur Feltanzahl ist der Großgrundbesitz fünf- bis sechsmal und im Verhältnis zum Bodenwert — bäuerlicher Boden wird bekanntlich wegen der intensiveren Bearbeitung höher bewertet — fünfsechsmal mehr verschuldet als der bäuerliche Besitz. Dem ostelbischen Großgrundbesitz fallen allein 4 Milliarden von den 7 Milliarden Gesamtkredit zu.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß nach der Stabilisierung die Landwirtschaft sehr hohe Preise für Industrieerzeugnisse zahlen mußte, so hat sich doch das Verhältnis sehr bald geändert. Gegenwärtig ist die Preisrisiko zugunsten der Landwirtschaft geöffnet. Andererseits war es ja geradezu sprichwörtlich geworden, wie die Landwirtschaft während der Inflationszeit bestrebt war, alle nur irgendwie brauchbaren Industrieerzeugnisse aufzukaufen. Es ist kaum anzunehmen, daß ihr Bedarf während der teuren Übergangszeit von der Inflation zur geordneten Geldwirtschaft so groß sein konnte.

Mit Hilfe der Kredite und des Zollsystems haben sich die schlechten und unrentablen Betriebe über Wasser halten können. Das ging aber nur so lange, wie die Zinsen aufgebracht werden konnten. Dieser Zeitpunkt ist überschritten, die Kredite sind eingetroffen. Selbst die gesunden und lebensfähigen Betriebe werden in die Krise einbezogen, da die Landwirtschaft nach den genossenschaftlichen Grundrissen allgemein haften muß. Aber auch die Kreditgeber sind wirtschaftlich gefährdet; vor wenigen Wochen mußte die Raiffeisen-Handelsbank in ihrer Generalversammlung den Verlust fast ihres ganzen Aktienkapitals erklären. Auch die Preussische Zentralgenossenschaftskasse ist schwer betroffen. Wenn nicht eingegriffen wird, besteht die Gefahr, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften und alle ihnen angeschlossenen Mitglieder wie auch die Zentralgenossenschaftskasse in die Krise hineingezogen werden und so viele Millionen verloren gehen. — Besonders muß dabei die Stellung des Reichsbankpräsidenten verwundern. Herr Schacht, der so viel gegen die Auslandsanleihen der Kommunen gesprochen hat, gewährte der Landwirtschaft stillschweigend Kredite, ohne auch nur die Rentabilität ihrer Verwendung zu untersuchen.

Um die deutsche Wirtschaft vor weiteren Schäden zu beschützen, wird man der Landwirtschaft neue Mittel zur Verfügung stellen müssen. Im Interesse der Steuerzahler ist aber zu verlangen, daß die Kreditgewährung von strengen, individuellen Untersuchungen der Wirtschaftslage und der Rentabilitätsausfichten der einzelnen Betriebe abhängig gemacht wird. Selbst vor der zwangsmäßigen Neubekennung von Betriebsleiterstellen sollte nicht zurückgegriffen werden. Denn die deutsche Wirtschaft kann sich bei ihrer Verschuldung unrentable Betriebe nicht leisten. Nach einem Jahresbericht der „Frankfurter Zeitung“ können, wie erste Kenner der deutschen Landwirtschaft urteilen, die Erträge zweier- bis dreifach erhöht werden. Werden diese Möglichkeiten nicht genutzt, so bedeutet das eine willkürliche Hemmung der Produktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit eine Senkung der Realloöhne. Erneut müssen darum die Gewerkschaften die Beseitigung der Schutzzoll- und Subventionspolitik fordern. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird das Geben solcher Sumpfbüßen an deutschen Wirtschaftskörper unmöglich sein.

S. 50.

Die heutige Agrarpolitik als Quelle der Arbeitslosigkeit

Wir zählen wieder über eine Million Arbeitslose in Deutschland. Nun hat die staatliche Arbeitslosenfürsorge bzw. -versicherung sicherlich die wohlthuende Wirkung, daß die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen wenigstens vor der äußersten Not bewahrt werden. Das hilft aber alles nicht über die Tatsache hinweg, daß ein solches Kleinheer von Arbeitslosen, das auch in den wärmeren Jahreszeiten immer noch einen beträchtlichen Umfang beibehält, eine schwere Belastung bedeutet für das wirtschaftliche und soziale Vorwärtstreben der organisierten Arbeiterschaft. Die größten Gefahren dieser „Konkurrenz der Arbeiter unter sich“ auf dem Arbeitsmarkt sind ja wohl beseitigt durch die tarifvertragliche Regelung des Arbeitsverhältnisses in der Nachkriegszeit in fast allen Berufsgruppen. Mittelbar aber wirkt diese Konkurrenz doch noch sehr stark auf die Gestaltung der Tarifverträge, weil bekanntlich alle politischen Maßnahmen und alle politische Praxis — und hierzu gehört auch die Tarifgestaltung — letzten Endes im Resultat bestimmt ist durch die ökonomischen Bedingungen, die der Regelung mit zugrunde liegen. Es ist also nicht nur das soziale Mitempfinden für die Arbeitslosen selbst, sondern auch das Interesse um den Aufstieg der gesamten Arbeiterschaft, das uns das Problem der Arbeitslosenverminderung einer besonderen Beachtung empfehlen muß.

Da entsteht die Frage: Kann die Arbeiterschaft selbst denn irgendetwas wesentliches tun, um die Belastung des Arbeitsmarktes (und damit ihrer eignen Sozial- und Lohnpolitik) durch das Arbeitslosenhver zu mildern, das heißt die Zahl der Arbeitslosen zu verringern? Abgesehen vom Kampf für eine wirkliche Volkswirtschaftspolitik im Gegensatz zu der bisherigen privatkapitalistischen Profitwirtschaftspolitik, gibt es scheinbar kaum eine Gelegenheit. Und doch kennen wir noch einen Weg, der, von der Arbeiterschaft gefordert, begangen, an die Quelle des Arbeitslosenhveres führt und die Möglichkeit verspricht, einen allzu starken Zustrom von Arbeitslosen auf dem industriellen Arbeitsmarkt zu verhindern. Hierzu zuerst ein paar Zahlen.

Entwicklung der deutschen Bevölkerung seit 1871

1. Geburtenüberschuß (auf 1000 Einwohner der mittleren Bevölkerung):

Table with 3 columns: Period, Geburten, Todesfälle, Überschuß. Rows for 1871-1880, 1881-1890, 1891-1900, 1901-1910, 1911-1913, 1914-1918, 1919-1923, 1923.

Dennach beträgt der durchschnittliche Zuwachs nach Jahresgruppen berechnet unter Weglassung der Kriegszeit rund 11 pro 1000.

2. Nach den Vereinigten Staaten sind ausgewandert:

Table with 2 columns: Period, Number of persons. Rows for 1871-1880, 1881-1890, 1891-1900, 1901-1910, 1911-1920, 1921-1926.

insgesamt 3406 338 Personen.

3. Die absolute Bevölkerungszahl betrug (getrennt nach Stadt und Land)

Table with 4 columns: Year, Total population, In cities, In rural areas. Rows for 1871, 1900, 1910, 1925.

Für denjenigen, dem vorstehende Scheidung in Industrie und Landwirtschaft zu groß erscheint, geben wir noch die genaueren Zahlen aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“.

Darnach betrug (Gebietsstand 1925):

Table with 3 columns: Year, Total population, In agriculture. Rows for 1882, 1895, 1907, 1925.

Diese Zahlen zeigen vor allem die eine Tatsache auf, daß die gesamte Nachkommenschaft in der Land- und Forstwirtschaft, mit Ausnahme der Auswanderer, auf den industriellen und gewerblichen Arbeitsmarkt geworfen werden und dort das Kontingent der berühmten Kejerboarmer (Arbeitslosen) als die „Konkurrenz der Arbeiter unter sich“ stellen. Was das bedeutet, erfährt man ebenfalls aus den vorstehenden Zahlen. Die Nachkommenschaft beträgt pro 1000 Einwohner 11. Das wären bei 15 000 000 Landbevölkerung jährlich 165 000. Nehmen wir an, daß sämtliche Auswanderer aus der Landwirtschaft stammen (weil wir nur die nach den Vereinigten Staaten Ausgewanderten aufgeführt haben), dann bleibt also die Tatsache bestehen, daß alljährlich über 100 000 Arbeitsjunge aus der Landwirtschaft auf den gewerblichen Arbeitsmarkt geworfen werden, da sie, wie unsre Zahlen beweisen, in der Landwirtschaft selbst ja nicht unterkommen, wo sich im Gegenteil sogar noch der Grundbestand verringert.

Wir ersehen daraus, wie eminent wichtig eine soziale Agrarpolitik ist und wie eng das Schicksal des Landarbeiters und der gewerblichen Beschäftigten im Kapitalismus sich nicht nur berühren, sondern miteinander verbunden sind. Was kann der gewerbliche Arbeiter aber hier tun? Er soll mithelfen, das Landvolk, insbesondere die Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern usw. zu gewinnen für eine Agrarpolitik, wie sie zum Beispiel im sozialdemokratischen Agrarprogramm vorgegeben ist und das Land und seine sozialen Verhältnisse so erfassen soll, daß die Landwirtschaft in Landwirtschaften umgewandelt werden können. Das ist nicht nur notwendig, um den ländlichen Arbeitsmarkt zu entlasten, sondern auch um der Bankrotwirtschaft der Großagrarier, die dem Reich (und damit natürlich auch dem ganzen Volk, an erster Stelle den Arbeitern) Hunderte von Millionen kostet, endlich ein Ende zu machen.

Wie aber können die gewerblichen Arbeiter bei der Organisierung des Landvolkes helfen? Dazu schreibt Hans Lagger in der Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie „Der Kampf“ in einem Artikel „Der Kampf um die Seele des Landvolkes“: „Die gegenwärtig geübten Methoden, Kleinbauernorganisationen zu schaffen, die Organisationen der Land- und Forstarbeiter auszubauen, sind gut. Die jugendlichen Industriearbeiter sollen wie bisher ihre Bruderhand den jugendlichen Landarbeitern reichen und sie für den großen geistigen Klassenkampf zu gewinnen suchen. Aber ich möchte, um all diese Arbeit zu erleichtern und fruchtbringender zu gestalten, noch dazu die Methode empfehlen, wie sie im Halbzeitalter des Sozialismus bis in die Vorkriegsjahre hinein so erfolgreich geübt wurde und die darin bestand, daß die weiblichen Kinder der Kleinbauern, die in den Städten und Industrieorten Arbeit und Brot gefunden und die da die Klassenschichtung und den Klassenkampf genugsam kennengelernten Gelegenheit hatten, ihre Brüder und Schwestern, ihre Onkel, Tanten und Väter in der Heimatgemeinde entweder durch gelegentliche persönliche Einwirkung oder durch Zufindung passender Zeitungen mit dem Sozialismus bekannt machen.“

Diese Methode aber erfordert, daß unser Agrarprogramm zunächst den breiten Schichten der Industriearbeiterschaft geflüßig wird, daß zuerst diese städtische Arbeiterschaft von der Nützlichkeit und Notwendigkeit unserer sozial-agrarischen Forderungen überzeugt wird. Diese Überzeugung wird gewiß, wenn von der breiten Masse der industriellen Ar-

Wirtschaftspolitische Theorien

IV.

Die historische Schule

Von Roscher, Hildebrand und Knies begründet, vertrat die sogenannte historische Schule jene Richtung, die das abstrakt-isolierende Verfahren, das Einengen auf eine Anzahl theoretischer Grundzüge, der klassischen Schule ablehnte. Die Methode der Klassiker erschien der neu aufkommenden Schule der Historiker nicht geeignet, die ganze Vielfältigkeit der wirtschaftlichen Erscheinungen zu erklären und der Praxis zu dienen. Die Kunst wußten Lehre und der Wirklichkeit trat ihrer Meinung nach immer deutlicher zutage. Ausgehend von dem Rückschlag in der Philosophie gegen die Hegelsche Schule entstand in den Rechts- und Staatswissenschaften die historische Rechtsschule, die entgegen dem bis dahin vorherrschenden Naturrecht das geschichtlich gewordene Recht der Wissenschaft zugrunde legte. In Anlehnung an die geschichtliche Rechtsschule vertrat Wilhelm Roscher, Professor der Universität Göttingen, in seinem 1843 erschienenen Grundriß zu Vorlesungen über die Staatswissenschaft nach geschichtlicher Methode die Forderung, die Entwicklungsgesetze der Volkswirtschaft auf das Geschichtliche in der Wirtschaft zurückzuführen. 1851 erschien sein berühmtes gewordenes „System der Volkswirtschaft“ als erster Band der „Grundlagen der Nationalökonomie“, ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende, das 23 Auflagen erlebte. Die Beschreibung dessen, was die Völker in wirtschaftlicher Hinsicht gewollt und gesüßt haben, der Zwecke, die sie verfolgten und erreichten, der

Ursachen, für welche sie sie verfolgt und erreicht haben, ist unser Zweck, sagt Roscher im Vorwort zu seinem Grundriß. Bruno Hildebrand, Professor an der Universität Marburg, schrieb 1898 das Werk „Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“. In der Einleitung legt er auseinander, daß Zweck des Buches sei: „auf dem Gebiete der Nationalökonomie einer gründlichen historischen Richtung und Methode Bahn zu brechen und die Wissenschaft zu einer Lehre von den ökonomischen Entwicklungsgeboten der Völker umzugestalten.“ Er untercheidet in der Geschichte der Völker drei verschiedene Stufen: Die Naturalwirtschaft, die Geldwirtschaft und die Kreditwirtschaft.

Professor Karl Knies ließ 1853 „Die politische Ökonomie vom Standpunkt der geschichtlichen Methode“ erscheinen. Er tempelt die Nationalökonomie zur Geschichte der wirtschaftlichen Meinungen in den verschiedenen Epochen in Verbindung mit der historischen Gesamtentwicklung einer Nation.

Um das Aufkommen der Historiker richtig verstehen zu können, müssen wir uns mit dem Streit der Methode in der Nationalökonomie beschäftigen. Die Klassiker gingen von der Annahme aus, daß jeder Mensch sein eigenes Interesse am besten erkenne und derfolge. Aus dieser Voraussetzung forderten sie in der Wirtschaftspolitik Freiheit des Handels. Aus dem Eigennutz des von ihnen gedachten Wirtschaftsmenschen entwarfen sie ein einheitliches Gesamtbild der Wirtschaft und begründeten hierbei eine Theorie, nach welcher sie auf dem Wege der Deduktion zu einer Erklärung der Kaufzusammenhänge der Wirtschaft kommen. Nach diesem Verfahren werden die wirtschaftlichen

Vorgänge abstrakt, isoliert für sich betrachtet, eine Betrachtungsweise, die in der Mathematik und Geometrie vorherrschend ist. Aus dieser Methode entstand der „homo oeconomicus“, der Wirtschaftsmensch, der mit einem Minimum wirtschaftlicher Aufwendung das Höchstmögliche wirtschaftliche Leistung erzielte. Gegen die Lehren der klassischen Schule erhob sich die historische Schule und setzte an Stelle der Deduktion und abstrakten Betrachtung die Induktion. Jede menschliche Gemeinschaft stellt ein besonderes organisches Milieu dar, das dem wirtschaftlichen Leben seinen besonderen Stempel aufdrückt. Wenn man daher alle verschiedenartigen Seiten dieses Lebens verstehen will, muß man die Tätigkeit nicht nur isoliert, sondern in ihren Beziehungen zu dem sozialen Milieu betrachten, das alle diese Verhältnisse der charakteristischen Züge gestaltet. Das soziale Milieu ist beständigem Wechsel unterworfen. Die Erklärung hierfür gibt die Geschichte. Der Mensch der Wirklichkeit, der „geschichtliche Mensch“, ist ein andrer als der Wirtschaftsmensch, er ist keine ausschließlich vom Erwerbtrieb bewegte Marionette. An Stelle der deduktiven Methode setzen die Historiker die auf Beobachtung gegründete Folgerung aus Einzelfällen.

Auf diese ältere geschichtliche Schule folgte die junge historische Schule, aus der viele Kathedersozialisten hervorgingen. Schmoller, Brentano, Feld, Wäger, Wagner, Sonnbar und Göttsch sind die Prominenten dieser Richtung. Sie hat es nicht bloß dabei bewenden lassen, die Geschichte auf die Nationalökonomie anzuwenden, sondern sich unter Anwendung von theoretischen Fragen der Diskussion praktischer Probleme, namentlich der sozialen Frage, zugewandt.

beiter die Methode der persönlichen oder schriftlichen Beeinflussung der Brüder und Schwestern, der Verwandten und Bekannten dann geübt wird, halb nachhingen draußen in den einsamen Dörfern und organisatorische und Wahl-erfolge zeitigen, die wir zur Eringung der Macht im Staate so notwendig brauchen."

Das ist ein Mahnwort, das an das gesamte werktätige Volk gerichtet ist und nirgends so bedeutsam ist wie gerade bei uns in Deutschland. Hesse jeder mit bei dieser Aufklärungsarbeit, um die großgütigen Bankrottsture in ihrem eignen Lager fassen und überwinden zu können.

—m—

Das andre Amerika

Wir haben uns nachgerade daran gewöhnt, Amerika als das Land der hohen Löhne zu betrachten und damit unumstößliche Wahrheiten festgesetzt. Trotzdem darf nicht vergessen werden, daß auch dort draußen der Kapitalismus herrscht. Wo es aber einen Kapitalismus gibt, muß es auch ein Proletariat geben, das eine ohne das andre ist unentbehrlich. Und doch weist die Entwicklung Amerikas Dinge auf, die uns in Europa erstrebenswert erscheinen. Allerdings wird es keinem Arbeiterführer einfallen, vollständig amerikanisieren zu wollen. Selbst wenn beispielsweise das deutsche Unternehmertum sich um amerikanischen Lohnstandards herauschwimmen sollte (?), würde jeder Arbeiter ohne weiteres anerkennen, daß die Aufwendungen für Sozialversicherung in den Lohn einzufaktulieren sind.

Es wird keinem Einseitigen einfallen, die Beseitigung der deutschen Sozialgesetzgebung zu fordern, und wir halten sogar Ansichten, wie: Höhere Löhne statt Sozialversicherung, die der Demotat Erkeleng vertritt, für sehr verwerflich. Es ist wirklich zu dumm, in der heutigen Zeit, wo der soziale Geist immer deutlicher Staat und Gesellschaft beeinflusst, eine solche Theorie aufzustellen.

Man kann auch aus der Tatsache des Fehlens „sozialer Lasten“ schließen, daß das ganze amerikanische Steuersystem auf einer andern Grundlage beruhen muß als das deutsche. Dieses vorausgesetzt, bleibt es jedoch für den deutschen Arbeiter ewig unfassbar, wie es kommt, daß in Amerika bei einer Bevölkerung von 115 Millionen nur 2.900.000 direkte Steuern zahlen müssen. Was das bedeutet, erkennt man daran, wenn hervorgehoben wird, daß es wenigstens 40 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger gibt, daß also die gesamte Arbeiterkraft von der Zahlung direkter Steuern befreit ist. Und wie sieht es demgegenüber in Deutschland aus? Man nehme doch nur die letzte Lösung der Steuerenkung in Augenschein! Ist es nicht geradezu empörend, wenn in Deutschland das Steuerzahlen bereits bei einem monatlichen Hungerlohn von 100 M. beginnt? In England beginnt es nominell bei einem Jahresreinerkommen von 3050 M. In Wirklichkeit ist auch hier der Arbeiter von der Zahlung direkter Steuern befreit, was sich aus der Zahl der direkt Besteuereten ergibt. In England, wo doch auch ähnliche „soziale Lasten“ wie in Deutschland bestehen, zahlen von 42 Millionen Einwohnern nur 2.500.000 direkte Steuern.

Gewiß ist Amerika heute das bei weitem reichste Land der Welt; betrug doch das Nationaleinkommen in 1926 nicht weniger als 360 Milliarden Mark!

Nun sind die Löhne sehr verschiedenartig. Während sie in Nordamerika sehr hoch sind, sind sie im Süden äußerst niedrig. Sehr schlimm steht es mit der Wirtschaftslage der ungelerten Arbeiter. Leider baut sich das ganze gewerkschaftliche Leben Amerikas auf die gelerten Arbeiter auf, und es muß sogar zugestanden werden, daß die hohen Löhne der Fabrikarbeiter teilweise auf Kosten der ungelerten Arbeiter erzielt werden. Allerdings muß betont werden, daß es in Amerika keine Innungen gibt und man auch kein rigoroses System der Lehrzeit kennt. Der Sprung vom ungelerten zum gelerten Arbeiter ist nicht schwer. Es ist beispielsweise nicht so wie in England, wo die sieben-

jährige Lehrzeit der Buchdrucker unbedingt eingehalten werden muß, oder fünf Jahre in der Metallindustrie. Nach dem Arbeitsminister Davies beträgt die Zahl der Arbeiter, die tief unter dem amerikanischen Lebensstandard stehen, zwischen zehn bis fünfzehn Millionen. In der Repräsentantenkammer sagte kürzlich der Minister: „Von moralischen, humanitären und wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist der große Mangel der Löhne in diesem reichsten Land der Weltgeistes geradezu unverantwortlich.“ Wie sehr die Löhne variieren, erkennt man daran, daß der Durchschnittslohn im Buchdruckergewerbe 63 Dollar beträgt, daneben gibt es aber Wochenslöhne in den Südstaaten von 15 oder sogar 10 Dollar. Daß die Lage so niedrig entlohnter Arbeiter jeder Beschreibung rotten muß, ist erklärlich. Schlimm steht es auch mit der Kinderarbeit. Hat doch das höchste Gericht des Landes alle Gesetze zur Beschränkung von Frauen- und Kinderarbeit als im Gegensatz zu dem im 18. Jahrhundert entstandenen Verfassung erklärt! Leider halten auch noch die Gewerkschaften an den längst überholten Dogmen der Manchesterlehre des historischen Liberalismus von der „persönlichen Freiheit“ fest, wodurch die Lösung bestimmter Probleme nicht erleichtert wird. Wozu das Festhalten guter Unfallverhütungsmassnahmen führt, zeigen folgende Zahlen: Im rationalisierteren Amerika werden täglich 77 Arbeiter und Arbeiterinnen getötet auf dem Schlachtfeld der Arbeit und 8000 verwundet.

Das Erwerbslosenproblem wird auch immer brennender. Eine genaue Statistik über die Zahl der Erwerbslosen gibt es nicht und man kennt auch keine Erwerbslosenunterstützung. Wundern muß man sich, daß die Gewerkschaftsbewegung auf dieses Problem so geringes Interesse entgegenbringt. Zweifellos muß hier in dem Maße eine Umstellung der Ansichten eintreten, als man sich mehr um die Organisierung der niedrig gestellten Arbeiterkategorien kümmert, wie das der Gewerkschaftskongress dieses Jahres getan hat.

Gewiß wird die Arbeiterbewegung jurist noch von der beispiellosen Prosperität im Banne gehalten, in der sich das Land befindet. Die gesamte Produktion war in 1923 ungefähr um 31 Proz. höher als in 1922, im 1925 trat ein gewisser Stillstand ein und war in 1926 37 Proz. höher als in 1922. Im Juli v. J. erhielten 88 Berufe Lohn-erhöhungen, und in manchen Berufen war diese sogar größer als in 1926, trotzdem im vorigen Jahre die Erhöhungen einen Rekord erreichten. Von den Erhöhungen wurden in der Hauptsache betroffen die verschiedenen Zweige des Buchdruckergewerbes, des Baugewerbes und der Verkehrsinindustrie. Die Kosten der Lebenshaltung stieg wiederum um 1 Proz.

Wie sich die Rationalisierung auswirkt, erkennt man an folgenden Zahlen: Die Leistungsfähigkeit eines Flaschenmachers ist heute 4mal größer als vor 20 Jahren. Nach einer Berechnung des staatlichen statistischen Bureau aus ist die Leistungsfähigkeit der chemischen Industrie in der Periode von 1899 bis 1925 um 366 Proz. gestiegen, im Papier- und Buchdruckergewerbe um 218 Proz., in der Tabakindustrie um 169 Proz., in der Eisen- und Stahlindustrie um 20 Proz., in der Textilindustrie um 97 Proz., in der Lederindustrie 34 Proz. Der Durchschnitt für alle Industrien ist 49 Proz. Während aber die Gesamtproduktion um 178 Proz. stieg, stieg die Zahl der Arbeiter nur um 78 Proz.

Da es keinerlei staatliche Arbeitsnachweise gibt, hat das statistische Bureau nach einem andern Mittel zur Feststellung der Erwerbslosigkeit gesucht, und zwar stellt es die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den einzelnen Industrien fest. Nach diesen Berechnungen fiel die Zahl der beschäftigten Arbeiter von Juni 1920 bis zum Januar 1921 um 35 Proz., woraus man die Schlussfolgerung zog, daß die Zahl der Erwerbslosen in dieser Zeit auf 3 1/2 Millionen answach. Anfang 1921 stieg dann wieder die Zahl der Beschäftigten und diese Steigerung hielt an bis 1923, wo die Zahl um ein Viertel höher war als in 1921, jedoch immer noch um 14 Proz. unter der ursprünglichen Zahl von 1920. In 1923 setzte eine kleine Stauung ein, die bis Juli 1924

anhieft, und in diesem Zeitpunkt war die Zahl der Beschäftigten nur 83 Proz. der Zahl von 1923 und 72 Proz. der Zahl von 1920. Trotz allem wirtschaftlichen Aufschwung von 1923/26 wurden im letzten Jahre nur 93 Proz. der Arbeiter von 1923 beschäftigt und der Hundertsatz gegen 1920 betrug nur 80. Was mit den Erwerbslosen geschieht, darüber weiß man nichts. Zum Teil liegt das wohl an dem Umstand, daß die Erwerbslosigkeit und niedrige Löhne am drückendsten sind in jenen Gegenden, wo die meisten neu eingewanderten Arbeiterfamilien zusammengepackt wohnen. Dann aber erklärt es sich wie gesagt daraus, weil die Gewerkschaftsbewegung sich viel zu wenig mit diesen Problemen befaßt.

Nun befindet sich gerade in Amerika „alles in Fluß“. Nach dem Urteil berufener Volkswirtschaftler ist die Wirtschaft des Landes im Zustand einer gewaltigen Umwandlung, die erst im Anfangsstadium steht. Ganze Industrien verziehen sich von einem Staat in einen andern. So zieht die Textilindustrie von Norden nach Süden, wo die Löhne im allgemeinen sehr niedrig und die Organisationsverhältnisse sehr schlecht sind. Alles dieses vollzieht sich in einer Periode beispielloser Blüte. Die Prosperitätsperiode, die Amerika seit Beendigung des Krieges durchläuft, kann sehr wohl mit dem Aufschwung verglichen werden, den England in der Zeit von 1860 bis 1876 durchlaufen hat; nur mit dem Unterschied, daß die amerikanische Expansion sich schneller und tiefergehender vollzieht. Auch in England baute sich ursprünglich die Gewerkschaftsbewegung ausschließlich auf der Masse der gelerten Arbeiter auf. Auch dort ist heute noch in bestimmten Industrien die Lohnspanne zwischen gelerten und ungelerten Arbeitern sehr groß.

Unter den Fachleuten wird die Frage eifrig besprochen, wie lange diese Expansionsperiode anhalten werde. Noch interessanter ist die Frage, wie lange das Sinken der Preise anhalten wird? Ein Sachverständiger erklärte kürzlich in einem Gremium von Wissenschaftlern: Hinter der jetzigen ökonomischen Entwicklung stecken neue Faktoren, die komplizierter sind als diejenigen, die bis jetzt der Lösung harrten. Sw.

Korrespondenzen

Bremerhaven-Meeremünde. Ihre Generalversammlung fand am 21. Januar statt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß die allgemeine gewerkschaftliche Lage am hiesigen Orte im Laufe des Jahres als gut zu bezeichnen war. Der Besamungsbesuch ließ leider viel zu wünschen übrig. Als Vorstand wurde der bisherige wiedergewählt, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, für den ein Ersatzmann gewählt wurde. Aus dem Bericht des Reichsaufsichters ging hervor, daß unsere Zahlstelle im verflochtenen Jahre von 191 Durchreisenden besucht wurde. Der Ortsvereinsbeitrag wurde in der alten Höhe von 20 Pf. belassen, für die Zeit vom 1. November bis 31. Mai ist dieser Beitrag auf 50 Pf. erhöht aus Anlaß unseres in diesem Jahre stattfindenden 60jährigen Ortsvereinsjubiläums. Daselbe findet am 5. und 6. Mai dieses Jahres statt und soll in würdiger Weise begangen werden. Das mit den Vorarbeiten betraute Komitee ist rübrig an der Arbeit. Aus dem Bericht des Lehrstellers war zu ersehen, daß die hiesige Lehrstabsabteilung im Aufblühen begriffen ist.

Darmstadt. (Mitschriften.) Ihre Generalversammlung fand am 23. Januar wurde vom Vorsitzenden Sauerzinger mit nachträglichen Neujahrswünschen an die Mitglieder und beglückwünschenden Worten eröffnet. Nach verschiedenen geschäftlichen Mitteilungen wurden zwei Kollegen neu aufgenommen. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß unser Verein nunmehr 67 Mitglieder zählt; im Bezirk stehen 17 Linotypes, 27 Typographen, drei Monotypisten, zwei Monotypgießmaschinen und eine Monoline. Der anschießend vom Kollegen Lein gegebene Kassenbericht zeigte einen befriedigenden Kassenbestand. Nach kurzer Debatte um Geschäftsbericht wurde der bisherige Vorstand auf Vorstoß neu gewählt, ebenso die Technische Kommission, der zur Bevollständigung noch ein Monotypgießer zugeteilt wurde.

V.

Die Grenznutztheorie

Die Methode der Klassiker, durch die historische Schule verdrängt, erlebte in der Grenznutztheorie ihre Wiedergeburt. Die abstrakte Methode wurde in Anschauung an die alte deutsche Gebrauchswertschule durch Karl Menger in seinem 1871 erschienenen Werk „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“ vertreten. Neben Menger sind der Engländer Jevons und der Schweizer Wabaras als Begründer der Grenznutztheorie zu nennen. Das Hauptmerkmal der neuen Schule liegt darin, alles auf den Grenznutzen zu beziehen. Nach Menger sind die wirtschaftlichen Güter ihrem Wesen nach als Bedingung einer Bedürfnisbefriedigung aufzufassen und die Bedeutung, die sie hierdurch erlangen, ist ihr wirtschaftlicher Wert. Er unterscheidet Güter erster Ordnung, das sind solche, die unmittelbare Bedürfnisse befriedigen (Genussgüter), und Güter höherer Ordnung (Erzeugungsgüter), die aber zur völligen Befriedigung in komplexen Mengen vorhanden sein müssen. Die Nützlichkeit eines Gutes im allgemeinen ist gleichgültig, was interessiert, ist allein der Nutzen des Gutes, das ich brauche. Die Güter werden nach der letzten Nutzung, dem Grenznutzen, geschätzt. Der Gebante des Grenznutzens ist der Gesamt-, öfne dich!, die Formel, die den Schlüssel zu den verwinkeltesten Vorgängen des wirtschaftlichen Lebens gibt und gestattet, die unentwirrbaren Probleme der Wissenschaft zu lösen, schreibt Böhm-Bawerk, allergrößte Leuchte der Grenznutztheorie, die erschütterlich gelehrte Werte hierüber geschrieben hat.

Eugen Böhm-Bawerk, Professor der Universität Wien und österreichischer Ministerialrat, schrieb das zweibändige Werk „Kapital und Kapitalismus“ Als Wert bezeichnet er diejenige Bedeutung, die ein Gut oder Güterkomplex als anerkannte Bedingung eines sonst zu entbehrenden Nutzens für die Wohlfahrtszwecke eines Subjekts verlangt. Verschiedene wirtschaftende Personen mit verschiedener Bedarfsdeckung schätzen die Güter verschieden. Auf dem Markte begegnen die verschiedenen Schätzungen einander, aus der Kollision der verschiedenen Schätzungen ergibt sich der Preis. Der Preis ist von Anfang bis zu Ende das Produkt subjektiver Wertanschätzungen. Danach ist der Preis das Resultat der auf dem Markt sich begegnenden Schätzungen von Ware und Preisgut.

Wir leben in der Gegenwart, sagt Böhm-Bawerk, aber unsere Zukunft ist uns nichts Gleichgültiges: unsre vernünftigen Wünsche sind auf dauernde, Gegenwart und Zukunft umfassende Wohlfahrt gerichtet. Nach ihm sind gegenwärtige Güter in der Regel mehr wert als künftige Güter gleicher Zahl und Art. Er kennt Güter entfernterer Ordnung, die sogenannten Produktgüter, die, obgleich sie körperlich gegenwärtig, ihrer wirtschaftlichen Natur nach Zukunftsware sind. Sie sind in ihrem Zustande zur Bedürfnisbefriedigung untauglich, bedürfen der Umformung in Genussgüter; da dies Zeit erfordert, können sie ihre Dienste immer erst den Bedürfnissen zukünftiger Perioden leisten. Deshalb stehen gegenwärtig verfügbare Genussgüter entfernter Ordnung künftigen Genussgütern gleich. Ihr Nutzen ist Zukunftsnutzen, sie sind Zukunftsware. Nach

Böhm-Bawerk kaufen die Unternehmer Güter entfernterer Ordnung (Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge und die Arbeitsleistung) und verwenden sie durch den Produktionsprozess in genutzte Güter, also in Güter erster Ordnung. Dabei fällt ihnen außer der Vergütung für ihre Mitwirkung der ursprüngliche „Kapitalzins“ zu, den manche Profit oder Mehrwert nennen. Der Kapitalzins entsteht dadurch in der Hand des Unternehmers, daß die Zukunftsware während des Fortschreitens der Produktion allmählich zu Gegenwartsware ausreift und damit in den Marktwert der Gegenwartsware hineinwächst. Dieser Wertzuwachs ist aber der Kapitalgewinn.

Dies ist das große Geheimnis der sehr lustigen Grenznutztheorie, die erfunden wurde, ausgerechnet die bis herigen Theorien des Profits, die die bösen Sozialisten begründeten, zu zerstören. Als Kritiker, sagt Böhm-Bawerk, sind die Sozialisten richtig, aber als Dogmatiker sind sie ausnehmend falsch.

Wie vernichtet Böhm-Bawerk die sozialistische Mehrwertlehre? Ganz einfach: sein Kapitalist kauft Rohstoffe, Produktionsmittel und Arbeitskraft, mischt alles recht kräftig durcheinander und — läßt Zeit vergehen. Das Ende der Probe ergibt Güter von einem höheren Wert, als den, welchen der Unternehmer in das Geschäft hineinsteckte. Dieser Wertzuwachs bleibt eine Schöpfung der gegenwärtigen Zukunft, die nichts mit Arbeiten und Arbeiten zu tun hat. Mit diesem Anfinn will er beweisen, daß den Kapitalisten keine unbezahlte Mehrarbeit zufällt; worüber im nächsten Kapitel, das den Sozialismus behandelt, Klarheit geschaffen werden soll.

Darauf wurden in lebhafter Debatte tarifliche Verhältnisse und Fragen behandelt und technische Angelegenheiten besprochen. — Nach Schluß der Versammlung war ein gemüthliches Zusammenfein mit Damen vorgezogen, das bei Musik, Tanz, Gesang und heiteren Vorträgen einen fröhlichen Verlauf nahm.

Dresden. (Maschinenlehre) Unsere Jahres-Hauptversammlung am 22. Januar war gut besucht. Nach Eröffnung im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder wies der Vorsitzende auf die von der Zentral-Kommission an alle Spartenkollegen verteilte Broschüre „Zehn Jahre elektrische Sechsmaschinenheute“ hin. Sie solle nicht nur die Maschinenlehre mit der Materie vertraut machen, sondern zugleich als Agitation für eine hygienisch einwandfreie Sechsmaschinenheute dienen. Nach Erledigung einer Anzahl von Neuaufnahmen hörten wir einen Vortrag des Vorsitzenden der Zentral-Kommission, Kollegen Kretschmer: „Von der Arbeit der Zentral-Kommission“. Reicher Beifall belohnte die interessanten Ausführungen und eine rege Debatte knüpfte sich an das Kaiserat. Dann machte Kollege Eise noch einige erläuternde Bemerkungen zum Gedruckt vorliegenden Jahresbericht über das vergangene Geschäftsjahr. Unser langjähriger Kassierer, Kollege Friedrich, legte eine Wiederwahl aus Gesundheitsrückgründen ab, desgleichen Kollege Thomas als Revisor. Beide haben jederzeit in musterwürdiger Weise ihre Ämter ausgefüllt. Alle übrigen Vorstandskollegen wurden einstimmig wiedergewählt, als Kassierer wurde Kollege Leinert neugewählt. Auch in der Zusammenkunft der Technischen Kommission trat eine Änderung ein. Ein Antrag, den Monatsbeitrag auf 60 Pf. zu erhöhen, wurde angenommen. Der Vorstandsantrag, „den Provinzialkollegen wird empfohlen, sich zu Bezirken zusammenzuschließen“, wurde trotz klarer Begründung mit kleiner Stimmenmehrheit abgelehnt. — Nach der Versammlung blieb man noch bei Musik, Vorträgen und einem kleinen Tanzchen beisammen.

Düsseldorf. Am 22. Januar fand unsere Jahres-Hauptversammlung statt, die zwar besser als sonst die Monatsversammlungen besucht war, doch in Anbetracht der günstigen Zeitlage sowie der Wichtigkeit der Tagesordnung einen entschieden besseren Erfolg verdient hätte. Wie in den Vorjahren, so war auch diesmal den Mitgliedern der Jahresbericht des Ortsvereins sowie auch der Sparten usw. gedruckt vorgelegt worden, eine Aussprache darüber fand in der Versammlung nicht statt. Die Vorstandswahl brauchte ebenfalls nicht in der Hauptversammlung vorgenommen werden, da diese statutenmäßig durch Urwahl stattfindet, gegen das Vorjahr fast keine Veränderung im Vorstand brachte und deshalb die vollzogene Wahl ohne Aussprache zur Kenntnis genommen wurde. Dagegen beschäftigte sich die Versammlung des längeren mit einem Antrag aus Mitgliederkreisen, der schon wiederholt bei früherer Gelegenheit abgelehnt worden war, an Stelle der Urwahl im Verbandsrat auf einem Sonntagvormittag die Wahl des Vorstandes in den Betrieben stattfinden zu lassen. Weiter war beantragt, an Stelle der absoluten Mehrheit in Zukunft die einfache Mehrheit treten zu lassen. Seitens der Antragsteller wurde die Urwahl in den Betrieben als die moderne Demokratie bezeichnet, da die jetzige Wahlmethode es vielen Kollegen, besonders den auswärtigen wohnenden, unmöglich mache, sich an der Wahl zu beteiligen. Von der andern Seite wurde demgegenüber betont, daß es auch den auswärtigen wohnenden Mitgliedern möglich sei, an der Wahl teilzunehmen, der ihnen ja das Fahrgehalt vergütet werde. Die Wahlen in den Betrieben seien aber um deswillen abzulehnen, weil eine ordentliche Kontrolle der Wahl nicht möglich sei bei der Ortsbedienstetigkeit der Verhältnisse. Weiter aber bedeutete es denjenigen, die sich nicht um das Verbandsleben kümmern, keine Versammlungen besuchen, noch eine Prämie für ihr Verhalten zu geben, ganz abgesehen davon, daß viele die Kandidaten überhaupt nicht kennen, dieweil sie keine Versammlungen besuchen. Geradezu unfinnig wurde die Forderung bezeichnet, an Stelle der absoluten Mehrheit eine einfache Mehrheit treten zu lassen, wodurch die Möglichkeit bestände, daß ein Vorstandsmittglied gewählt werde, dem nur eine Minderheit der Mitnehmenden ihre Stimme gegeben. Die gestellten Anträge verfielen schließlich der Ablehnung. Einen breiten Raum in der Versammlung nahmen auch Vorkommnisse im sozialdemokratischen „Volkszeitungs“-Betriebe ein, die eingehende Erörterung und scharfe Kritik erfordern, soweit es sich um das Verhalten zweier geschäftsführender Personen handelt. Es gelangte eine Entschuldigungsverfügung zur einstimmigen Annahme, die das Verhalten der beiden, unter denen sich auch ein langjähriger Verbandsmitglied befindet, entschieden verurteilt. Infolge der weit vorgeschrittenen Zeit mußte die Erörterung ebenfalls kritikbedürftiger Vorgänge im kommunistischen Bewegungsbetriebe für die nächste Versammlung zurückgestellt werden.

K. Duisburg. Unsere am 21. Januar abgehaltene Jahres-Hauptversammlung nahm nach Erledigung des geschäftlichen Teiles den ausführlichen Jahresbericht des Vorstandes entgegen. Daraus war zu entnehmen, daß der Versammlungsbesuch nur zeitweise befriedigend war. 284 Versammlungsteilnehmern standen 13 Gutendgebühren und 11 Anorganisierte gegenüber. Die Zahl der Durchreisenden betrug 489. Der Kasienbestand hat gegenüber dem Vorjahre eine doppelte Zunahme zu verzeichnen. Sechs Kollegen konnten auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Vorbildlich arbeitet auch die hiesige Verbandsabteilung, und das Interesse der Jungbuchdrucker zu der Abteilung ist sehr groß. Das Verhältnis zu den übrigen Sparten ist gut. Der Punkt „Vorstandswahl“ fand seine Erledigung durch einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Aufgenommen wurde ein Kollege.

Frankfurt a. d. O. Unsere erste Versammlung im neuen Jahr war leider nicht vollständig besucht. Vorsitzender Blaschke wünschte allen Kollegen ein frohes Neues Jahr und der Organisation ein weiteres kräftiges Vorwärtsschreiten. Die einzelnen Tagesordnungspunkte wurden schnell und reibungslos erledigt. Unter „Beschiedenen“ gab es eine längere Aussprache. Scharf verurteilt wurde das Verhalten der großen Firma Trommsdorff & Sohn. Nachdem die betreffende Firma im Laufe des vergangenen Jahres infolge großer Arbeitsanhäufung viele Kollegen

aus allen Teilen des Reiches nach Frankfurt gezogen hatte, zumeist unter Verheißung dauernder Kondition, erfolgten jetzt viele Entlassungen. Verschiedene Kollegen, auch verheiratete mit Familie, die sich aus irgendeinem Grunde verabschieden wollten, gaben ungeliebte Stellen auf und nahmen eine „Dauerstellung“ bei der vorgehenden Firma an. Diese nun geduldeten Kollegen sind jetzt wirtschaftlich schwer geschädigt, zumal hier in Frankfurt eine Aussicht auf anderweitige Beschäftigung besteht. Große Entrüstung verursachte besonders ein neues Stellenangebot für einen Drucker am Heidesberger, während vier Druckerkollegen an demselben Tage gekündigt wurden. Die Debatte ergab sodann noch, daß die Kollegen zum Teil auch selbst Schuld tragen an ihrem Los, da sie es verabsäumten, vorher bei den zuständigen Stellen Auskunft einzuholen. Dem Vorstand wurde ausgegeben, mit den schärfsten Mitteln gegen solche fäunigen Kollegen vorzugehen. Dem Betriebsrat der Firma wurde für seine ausgeleiende Tätigkeit volle Anerkennung gezollt. Es wurden dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Geisingen-St. Die Verlesung der Jahrespräsenzliste in unserer Hauptversammlung am 14. Januar ergab gegenüber dem Vorjahre ein wesentlich besseres Ergebnis betreffs Versammlungsbefuchs. Beim Kartellbericht unseres Kollegen Höger gab es triftige Bemerkungen über die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse. In seinem Jahresbericht streifte unser rühriger Vorsitzender Junginger die beruflichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse am Platze, die mit Ausnahme der „M. M. F.“-Zausdruckerei befriedigend sind. In dieser Druckerei war es bis jetzt nicht möglich, dem Tarifgehalt Eingang zu verschaffen, doch hofft die dortige Belegschaft auf eine zentrale Regelung der Tarifisierung aller Zausdruckereien. In der Lehrlingsabteilung reges Leben in bezug auf fachmännische Ausbildung. Ein Schriftführerstudium mit anschließendem Stizierkursus, gemeinschaftlich mit den Geßlern ein Kalkulationsturnus, ein Ausflug zusammen mit den Ulmer Kollegen nach Eybach, mit Vortrag des dortigen Kollegen Haas über „Kartenstudien in der Natur“, legten Zeugnis ab von der rührigen Tätigkeit innerhalb unserer Ortsgruppe. Die Kasienverhältnisse sind in diesem Jahre befriedigend. Die Mitgliederzahl um ungefähr 30 Mitglieder. Das Verhältnis zwischen Ortsverein, Bildungsverband und den Sparten ist ein harmonisches, was sich in der Wiederwahl der Funktionäre bestätigt.

Göppingen. Unsere Generalversammlung am 20. Januar hatte im Vergleich zu den vorhergehenden Versammlungen erfreulicherweise einen etwas besseren Besuch aufzuweisen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen erstattete Vorsitzender Weidle eingehend Bericht über das abgelaufene Jahr, das im Zeichen eines guten Geschäftsganges stand. In letzter Zeit flaute der Geschäftsgang allerdings merklich ab, jedoch sind Arbeitslose am Orte nicht zu verzeichnen. Der Besuch der Versammlungen ließ bedauerlicherweise zu wünschen übrig. In der Lehrlingsabteilung herrscht unter der umsichtigen Leitung des Kollegen Heinle ein reges Leben. Der Stand der Kasse wies ein gutes Bild auf, und dem Kassierer Wurte wurde für die gewissenhafte Führung der Geschäfte bester Dank gezollt sowie einstimmig Entlastung erteilt. Die Zufriedenheit mit der Führung der Vereinskassiere kam durch einstimmige Wiederwahl sämtlicher leitender amtierenden Kollegen zum Ausdruck. Sodann gab Kollege Weidle in kurzen Zügen den Kartellbericht, wobei er u. a. bat, die vom WBG in Vereinbarung mit dem Verein für Kunst und Wissenschaft veranstalteten Kurse bzw. Vorträge über „Die Geschichte des Sozialismus in Deutschland“ recht zahlreich zu besuchen. Der weitere Verlauf der Versammlung betraf interne Angelegenheiten. Mit der Bitte, im laufenden Jahre für besseren Versammlungsbesuch zu wirken, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Hindenburg (Oberh.). Unsere Generalversammlung am 22. Januar war mittelmäßig besucht. Den Jahresbericht erstattete Kollege Gohmann. Uns diesem war zu entnehmen, daß in sechs Versammlungen Rezerate gehalten worden sind. Eine Eingabe an den Magistrat um Gewährung einer Beihilfe für unsere Jungbuchdrucker zur Teilnahme an den Fernkursen des Bildungsverbandes zeitigte das Ergebnis, daß am 1. April 1928 eine Buchdruckerklasse eröffnet wird. Trotzdem wir in der Hindenburg Gewerkschaftsbewegung die kleinste Gewerkschaft sind, ist es uns gelungen, einen Vorstandsposten in der Ortskrankenkasse zu besetzen. Kollege Blaschke gab hierauf den Kasienbericht, anschließend folgte der Bericht des Bildungsverbandes und der Jungbuchdrucker durch Kollegen Wikuba. Hierauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Da Kollege Gohmann eine Wiederwahl ablehnte, fiel die Wahl auf Kollegen Joseph als Vorsitzenden; als Kassierer wurde Kollege Blaschke wiedergewählt.

Ingolstadt. (Sandschere.) Eine am 22. Januar abgehaltene Vorstandskonferenz der Handsecherevereinigungen im Gau Bayern war besetzt mit 14 Vereinigungen mit 23 Delegierten. Als Vertreter des Gaues war zweiter Gauvorsteher Ebert anwesend. Vorsitzender Kumppel begrüßte die erschienenen Delegierten und dankte zugleich den Ingolstädter Kollegen für den am Vorabend veranstalteten Begrüßungsabend. Sodann berichtete er über eine unverbindliche Aussprache des Vorstandes der Leipziger Handsecherevereinigungen am 8. Januar mit den auswärtigen Kasienprüfern. Die dort gemachten Anregungen wurden von der Konferenz in allen Teilen gutgeheißen. Zum Kasienbericht gab Kollege Fischer noch einige Erläuterungen. Als nächster Tagungsort wurde Regensburg vorgeschlagen und bestimmt. Kollege Ebert nahm noch zu den verschiedenen Ausführungen der Delegierten das Wort und anerkannte die Tätigkeit der Sparten, denn die Sparten seien die Triebkraft der Organisation. Sich der Jugend zuwendend, betonte er, daß wir diese nicht abstoßen dürfen, sondern sie an uns fesseln müssen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Tagung geschlossen.

Röthen (Anhalt). Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Unser Ortsverein hat so mandies neues Gesicht kommen und gehen sehen. Augenblicklicher Mitgliederstand 114. Von diesen hatten nur 50 Kollegen der Einladung zur Generalversammlung Folge geleistet. 20 Kollegen hielten es nicht für wert, auch nur eine Versammlung zu besuchen. Am den Versammlungen ein andres

Gepräge zu geben, hatten wir mehrere auswärtige Rezerenten am Orte. Auch mancher Kollege aus unserm Reichen gab sein Können zum besten. Am dem Vorstand hat es nicht gelegen, Stoff zum Lernen war vorhanden. Den Bericht über die örtliche Lehrlingsabteilung erstattete der Nömann. Die Vorstandsmitglieder nebst Revisoren und Kartelldelegierten wurden einstimmig wiedergewählt.

Landshut. Unsere Jahres-Hauptversammlung fand am 21. Januar statt und war von den alten Kollegen verhältnismäßig schlecht besucht. Der Bericht über das verfllossene Geschäftsjahr sowie der Kasienbericht wurden mit Befriedigung entgegengenommen. Der Kasienbestand konnte als sehr gut angesehen werden. Die Wahl des Vorstandes war mit großen Schwierigkeiten verbunden, da der bisherige Vorsitzende Kollege Grafer eine Wiederwahl ablehnte. Nach unermüdelichem Jureden und unter Hinweis darauf, der Organisation den Boden neu zu schaffen, ließ sich der altbewährte Gemeindefortschrittler Kollege Brenner herbei, den Vorsitz zu übernehmen mit dem dringenden Appell, in Zukunft an den Geschicken der Mitgliedschaft mehr als bisher interessiert zu sein. Die Funktion des Reizekassierers behielt Kollege Brenner auch weiterhin bei, da sich kein geeigneter Kollege hierzu finden ließ. Die bisherigen weiteren Mitglieder des Vorstandes wurden wiedergewählt, mit Ausnahme des Bildungsverbandsvorsitzenden. Die bisherigen Renumerationen für die Vorstandskollegen wurden in der gleichen Höhe wie im Vorjahr belassen. Vorsitzender Grafer fand besonders warme Worte für den bewährten Kassierer Bischer, der wieder eine große Arbeit geleistet hatte, was die Versammlung mit Freude begrüßte. Unser neuer Vorsitzender schloß die Versammlung mit dem Appell, im neuen Jahre alles Persönliche beiseite zu stellen, um die Mitgliedschaft wieder auf die Höhe harmonischer Gemeinschaft zu bringen, in der sie sich befand, als es noch keine Sparten gab.

Münster. Johann Stumpner f. Am 5. Februar verschied hier im Alter von 76 Jahren der frühere langjährige Ortsvereinskassierer und Reizekassierwahrer Johann Stumpner. Mit ihm ging ein Kollege dahin, dessen verdienstvolles Wirken im Dienste der Organisation weit über Münster hinaus bekannt geworden ist. Er war zunächst als Schriftführer des Unterstützungsvereins für Bayern, dessen Mitglied er in Münster befand, dann über 25 Jahre als Reizekassierwahrer, Kassierer und Arbeitsnachweiserwahrer ehrenamtlich tätig. Außerdem wirkte Kollege Stumpner oftmals als Druckerbetrautungsman für das Wohl seiner Kollegen und damit ebenfalls für den Verband. Er war eine edle, uneigennützig Natur, hilfsbereit bis zum Äußersten. Dem Verbands gehörte Stumpner seit seinem Aussern im Jahre 1870 an. Bis ins hohe Alter hinein war er am Kasien tätig, und nicht lange hat er sich des wohlverdienten Ruhestandes erfreuen können. Seine Beerdigung zeigte, daß die von ihm für die Allgemeinheit geleistete Arbeit nicht vergessen ist und daß das Gedächtnis Johann Stumpners in der Münsterer Kollegen-schaft stets lebendig bleiben wird. Ein Stück alter Buchdrucker-geschichte sank mit ihm ins Grab, doch sein Geist wird dauernd weiterwirken.

Münsterberg. „Unser Wersammlung“ am 20. Januar hatten sich leider nur 100 Kollegen eingefunden. Vorsitzender Gohmann begrüßte die Erschienenen und verteilte dann dem Rezerenten Kollegen Döhl (in G.) (Münster) zu seinem Rezerat das Wort. Nach kurzer Begrüßung und Übermittlung der Grüße des gesamten Gauvorstandes sowie einzelner schon vorher besuchten Orte gelangte der Sprecher zu seinem gewählten Thema: „Kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften, unter besonderer Berücksichtigung des Buchdruckerverbandes“. Reicher Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen. Nach kurzer Pause fand eine Aussprache zu den obengemachten Ausführungen statt, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligten. Hierauf nahm unser Gauvorsteher das Schlußwort. Kollege Gohmann dankte ihm im Namen der Versammlung. Nach einigen Mitteilungen fand die Versammlung ihren Abschluß. Für viele der Versammlungsschwärmer hätte auch dieser Abend von Interesse sein können, denn es ist nicht nur nötig, daß man weiß, was unsere Funktionäre für ein Lobnabkommen abgeschlossen haben; nötig ist es vielmehr auch, vom allgemeinen Leben in der Gewerkschaftsbewegung unterrichtet zu sein.

Allgemeine Rundschau

Weiterprüfung. Vor der Handwerkskammer Schwerin bestand Kollege Wernicke aus Crivitz i. M. die Weiterprüfung. Vor der Berliner Handwerkskammer bestanden die Seherkollegen Alfred Dornbrodt und Walter Demar, beide aus Berlin.

Ruhm nach Willmetern. Unter dieser Stichmarke wurde kürzlich im Berliner „Film-Ges.“ über eine nicht alltägliche Klage eines Komikers Kurt Bois berichtet. Dieser lieferte vor dem Baricellschiedsgericht den Beweis dafür, daß jemand auf den Brettern wohl ein Spafmacher sein kann, ohne aber im Leben einen Spaß zu verlieren. Der genannte Komiker hatte nämlich eines Abends gestreift, weil infolge des Verzehens eines Zeitungshefters sein Name in der Anknüpfung einen Schriftzug kleiner als vorgeschrieben erschienen war. Das Baricellschiedsgericht war vernünftig genug, in diesem Umstand keinen pöbelhaften Anknüpfungsgang respektive Streifenakt zu erblicken. Der Vorgang steht übrigens nicht vereinzelt da. In ihres Ruhmes Malenblüte erschien im 1920 Pola Negri in höchster Erregtheit auf dem Direktionsbureau des Uinterjunktums und wies den Direktoren nach, daß sie es gewagt hatten, eine andre Schaulpielierin in den Anzeigen zwei Willmetern größer anzukündigen. Das war in jener Zeit, da man der Negri gefällte Manuskripte überreichen mußte, weil sie jeden Film abgelehnt hätte, in dem eine andre Frau in mehr als einer Szene zu sehen war. In Amerika hat man ihr diese Wunden bald abgewaschen. Bei dieser Gelegenheit noch eine andre Feststellung über den teuersten Baricellschiedsrichter der Welt, den Niggerdarsteller M. Johnson, der zuletzt in New York wöchentlich 20 000 Dollar erhielt. In den Theateranzeigen der New Yorker Zeitungen wird sein Name nie größer als aus Cicerostrich gefeiert. Der Name seines eigenhändigen deutschen Kollegen Kurt Bois erscheint jedoch in

In Leipzig am 17. Januar der Drucker Kurt Müller von dort, 27 Jahre alt; am 19. Januar der Buchdruckerbesitzer Otto Feubert, 63 Jahre alt; am 20. Januar der Leiter des Verlagsbureau's Hugo v. Liliensfeld, 40 Jahre alt; am 22. Januar der Buchdruckerbesitzer Hugo v. Liliensfeld, 40 Jahre alt; am 23. Januar der Buchdruckerbesitzer Kurt Müller, 27 Jahre alt; am 24. Januar der Buchdruckerbesitzer Kurt Müller, 27 Jahre alt; am 25. Januar der Buchdruckerbesitzer Kurt Müller, 27 Jahre alt; am 26. Januar der Buchdruckerbesitzer Kurt Müller, 27 Jahre alt; am 27. Januar der Buchdruckerbesitzer Kurt Müller, 27 Jahre alt; am 28. Januar der Buchdruckerbesitzer Kurt Müller, 27 Jahre alt; am 29. Januar der Buchdruckerbesitzer Kurt Müller, 27 Jahre alt; am 30. Januar der Buchdruckerbesitzer Kurt Müller, 27 Jahre alt; am 31. Januar der Buchdruckerbesitzer Kurt Müller, 27 Jahre alt.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreihundstraße 5, Fernruf: Amt Bergmann 1191, 3141 bis 3145, Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. 19, Berlin S 14, Wallstraße 65, Postfachkonto Berlin Nr. 102387 (H. Schweinitz).
Neuauflage des Verzeichnisses der Fremden-Verkehrslokale.
Das Verzeichnis der Fremden-Verkehrslokale wird im März neu gedruckt. Wir erlauben die verehrlichen Vorstände, uns von Veränderungen in diesem Verzeichnis, vom Eingehen bzw. Neuerrichtung von Fremden-Verkehrslokalen spätestens bis zum 15. Februar Mitteilung zu machen.
Der Verbandsvorstand.

Bei Schlesien. Zur Annahme einer Kandidatur in der "Mittelschlesischen Zeitung" (Anhaber: Dr. Dopfänger) in Breslau sind auf jeden Fall Gründungsmitglieder beim Vauvostreher G. Wiedler in Breslau, Marsargenstrasse 17, einzulegen.

Dresden. Der Seher Gustav Franke aus Dresden (Hauptbuchnummer 110 115), angeblich nach Bamberg in Kandidatur, wird ermahnt, seinen Verehrlichen den Kollegen gegenüber sofort nachzukommen, andernfalls Ausschluss beim Vorstand beantragt wird.

Hatow. Der Drucker Alois Jox in Brandenburg im Birtleberg (Friedrich Kohn) wird zum letzten Male aufgefordert, seine Schuld von 21,50 M., die er seit über zwei Jahren an einen hiesigen Kollegen zu bezahlen hat, binnen 8 Tagen zu bezahlen, widrigenfalls gegen ihn gerichtliche Vorgehens wird.

Bamberg-Altens. Nachfolgend aufgeführte Kollegen werden aufgefordert, ihre Rechte bis zum 15. März 1928 zu belegen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt: A. Prechtner (Hauptbuchnummer 17 007), Zoya (Hauptbuchnummer 192 327), Walter J. Bach (1107 700), Edgar Hestland (17 826), John Seeboldt (17 898), Fern. Stumpfenhagen (117 899).

Adressenveränderungen
Jever i. Oldb. Vorstehender: Job. Sittensjuh, E. Auen-Strasse 20; Kassierer: W. Malawien, Anton-Günther-Strasse 9.
Wien. Vorstehender: Willibald M. Sch., Praterstrasse 7; Kassierer: Alfred Schiner, Wallstraße 34.

Neuburg. Vorstehender: Kurt Kertu, Königsbrück, Postamtverwalter Straße 15, 1; Kassierer: Ernst Müller, Neuburg 9 (Vize, Dresden).
Monsberg (Mg.). Alle Aufschriften und Sendungen (außer Staffenangaben) sind nur an den Vorstehenden Kollegen Erwin Meier, Monsberg (Mg.), Station Götzen, zu richten. Für Staffenangaben ist folgende Billi Matier zu befragen.
Siebnitz (Kreis Sieg). Vorstehender: Adolf Merkel, Treibdorf, Im Grenz 10.

Sur Aufnahme gemeldet
(Einmündigen innerhalb 14 Tagen an die belegte Adresse):
Im Gau Na der Saale bei Zeugn 1. Kurt Zetterer, geb. in Nordhausen 1904, ausgl. in Bad Sachsa 1923; war noch nicht Mitglied; 2. Herbert Berner, geb. in Danau 1897, ausgl. in Köthel 1915; 3. Leo W. K., geb. in Halle a. S. 1891, ausgl. d. 1908; waren schon Mitglieder. — **Gau Na bei Zeugn 2.** Im Gau Na bei Zeugn der Buchdrucker Max Kertu, geb. in Anstalt (Hannover) 1888, ausgl. d. 1915; war schon Mitglied. — K. Klein in Stuttgart, Heintelstraße 53.

Reise- und Arbeitsloosenunterstützung
Altens. Nach Fertigstellung des Volkskongresses „Goldener Pfingst“ findet die Auszahlung für die durchreisenden Kollegen während der Zeit vom 5. bis 10. März, nachmittags, statt.

Veranstaltungskalender
Annaberg-Buchholz. Versammlung am Sonntag, dem 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.
Barmen. Ordentliche Versammlung am Sonntag, dem 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Gloria“, Barmen, Bismarck-Straße.
Düsseldorf. Versammlung am Sonntag, dem 12. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“ (Berger Saal).
Koblenz. Jahres- und Hauptversammlung am Sonntag, dem 13. März, in Koblenz. — Anträge bis 20. Februar an den Vorstand.
Ludwigshafen a. Rh. Orts-Generalversammlung am Sonntag, dem 25. Februar, abends 7 Uhr, im „Vereinshaus“.
Wiesbaden. Generalversammlung am Sonntag, dem 11. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Vereinshaus“.
Wuppertal. Versammlung am Sonntag, dem 28. Februar, im Vereinslokal Wuppertal, — Anträge bis 20. Februar an den Vorstand.
Worms. Versammlung am Sonntag, dem 11. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant „Frank“, Kaiser-Straße 14.
Wuppertal. Versammlung am Sonntag, dem 15. Februar, abends 7 Uhr, im „Goldenen Stern“, Gottesberger Straße.

Briefkasten
Dr. A. in W.: Sache hat nun ihre Klärung. — **Dr. B. in W.**: In Nr. 8 finden Sie solche Angaben über die „Vereine“. — **Dr. C. in W.**: In Nr. 105 v. J. aufgeführten Eren mit Neben- und Aufschüssen sind bisher keine weiteren Einigungen eingegangen. Sollten doch mehr Kassen dieser Art als 30 vorhanden sein, dann sind sie für die Verbandsverteilung zu berücksichtigen. Name, Gründungsdatum, Unterhaltungsarten sowie Mitgliedszahl und Vermögensbestand von Ende 1925. — **Dr. D. in W.**: Mit Ihrem Brief sind es immerhin noch 15 Klöße, die an demselben nicht angegeben werden, ob dort ein gewisses Kassenstück besteht oder nicht. Das ist gewiss eine rechtliche Angelegenheit. In Nr. 107 hat jemand eine Aufzählung der sämtlichen Eren aufgeführt; wohl haben jedoch noch Angaben gemacht. Da Sie sich dort der Sache annehmen wollen, so wollen Sie mitteilen, in welchem Jahre die Kartellgründung erfolgte und wie mit Jahresfrist 1928 der Mitgliedsbestand organisiert und geschäftsmäßig war. — **Dr. E. in W.**: Wird unter Streichung eines Satzes, der mit gewissen Mitteln aus den Beschlüssen des letzten Verbandstages im Widerspruch steht, aufgenommen. — **Dr. F. in W.**: Da der betreffende Vortrag sowie die von Ihnen erwähnte Kritik im „Korr.“ nicht veröffentlicht worden sind, erwidert sich auch der Abriss Ihrer Einleitung von Nr. 8. In Nr. 9. Ihre gegebene Fügung bleibt unberührt; kann jedoch vor Erledigung der Vorfrage nicht erfüllt werden. Die Korrekturfrage soll veröffentlicht werden. — **Dr. G. in W.** und **Dr. H. in W.**: Sie sind nicht veröffentlicht worden, sind, erwidert sich auch der Abriss Ihrer Einleitung von Nr. 8. In Nr. 9. Ihre gegebene Fügung bleibt unberührt; kann jedoch vor Erledigung der Vorfrage nicht erfüllt werden. Die Korrekturfrage soll veröffentlicht werden. — **Dr. I. in W.** und **Dr. J. in W.**: Sie sind nicht veröffentlicht worden, sind, erwidert sich auch der Abriss Ihrer Einleitung von Nr. 8. In Nr. 9. Ihre gegebene Fügung bleibt unberührt; kann jedoch vor Erledigung der Vorfrage nicht erfüllt werden. Die Korrekturfrage soll veröffentlicht werden. — **Dr. K. in W.** und **Dr. L. in W.**: Sie sind nicht veröffentlicht worden, sind, erwidert sich auch der Abriss Ihrer Einleitung von Nr. 8. In Nr. 9. Ihre gegebene Fügung bleibt unberührt; kann jedoch vor Erledigung der Vorfrage nicht erfüllt werden. Die Korrekturfrage soll veröffentlicht werden.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art.

Vereinigung der Berliner Handseher
Bereinsversammlung
Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, in den „Müller-Festhallen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31 (Waldgr. der Volkshilfen):
Agenda: 1. Besprechung des Jahresberichts der geschäftsführenden Verwaltung. 2. Die Berliner Handseher. 3. Die Region unter Verlagsaufsicht (Sachverständigenrat). 4. Vereinsmitteilungen. 5. Besprechung des Neujahrskarten-Wettbewerbs der Berliner Handseher zur Ausstellung. Zahlreiches Gesehen erwartet. Der Vorstand.

Junger Korrektor und Revisor
Espaner
20 Jahre alt, welcher das Buchdruckerechnikum besucht und im Fach praktisch gearbeitet hat, sucht Wirkungskreis, eventuell als spanischer Korrektor oder Revisor.
Offerten an Sebastian Dumas Lopez, Madrid, No. 17 20.
Ältere, erfahrene Meister
für illustrierte Zeitschriften (Machschneiderei), Inseratenfertigung, sucht in Berlin angenehme Dauerstelle.
Nob. Franke, Bl. - Späherberg, Kp. - Paulus-Str. 6, D. 4.

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ muss möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Leipziger Handsehervereinigung
Jahres-Hauptversammlung
Donnerstag, den 16. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im Gesellschaftssaal des „Volkshauses“, Zeller Straße:
Agenda: 1. Bericht: a) des Vorstandes; b) des Kassierers; c) der Revision. 2. Geschäftsbilanz. 3. Entschlüsse. 4. Wahl eines Kandidaten zur Gewerkschaft. 5. Besprechung der 1. Belegungsliste über die Abhaltung der nächsten Wanderversammlung; Aussprache über den Ort, in dem dieselbe abgehalten werden soll; Chemnitz, Magdeburg, Naumburg, Jena? 235
Ist der Ablauf des Geschäftsberichtes bis zum 16. Februar nicht vollständig, erfolgt Bekanntheit in den Gemeindefestungen, ob die Versammlung im Oktober oder März Mitte und Ende stattfinden. Einen zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Summidruck
50
150
50
50

Dermann Mattenloft
Johann Stumpner

„Heureka“
Die schnell auswechselbare Buchdruckerkarthe. Das kleinste aller fortschrittlichen Buchdruckerkarthen. Erweist sich beim Gebrauch als unentbehrlich. Heureka ist das Resultat jahrelanger Versuche! Preis per Stück einschliessl. 6 Ersatzpatronen 2 Mark. Versand nur gegen Nachnahme o. Vorkass. o. Betrages.
Zu beziehen durch:
Ingenieur Rudolf Breitshödel & Münch, Bayreuth-Stra. 21

Ziegelbruder!
Einzigartig praktische Anlegemarken
Kayser, Stuttgart, Leonhardstr.

Johann Stumpner
Walter Wauer

Zigaretten
ein kleiner Genuss
Zerolith 5 Pf.
Thador 4 Pf.
Arbeitsportler 4 Pf.

Billige böhm. Bettfedern
nur reine, gut-füllende Sorten.
Ein Kilo graue geschliffene 3 M., hellgelbe 4 M., weißgelbe bessere 6 M., 7 M., dunkelweisse 8 M., 10 M., beste Sorte 12 M., 14 M., welche ungechliffene 7,50 M., 9,50 M., beste Sorte 11 M., Versand portofrei, postfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umkauf und Rücknahme gestattet.
Denecht Gahnel, Lohes Nr. 738 bei Pfäfen in Ohdm.

Karl Zchoepe
Oskar Hentzel

Martin Philipsen, Druckerei
Korrektor und Revisor
Süchtiger, erfahrener Galvanoplastiker
Süchtiger Monotypsetzer

MUSIK Instrumente
MAX DÜRFEL

Hugo Loll
Richard Hentzel